



## Beschluss-Protokoll

der 30. - 32. Sitzung, Amtsjahr 2015-2016

Mittwoch, den 28. Oktober 2015, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

**Vorsitz:** *Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär  
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

### Abwesende:

28. Oktober 2015, 09:00 Uhr  
30. Sitzung *Erich Bucher (FDP), Daniel Goepfert (SP), Beatriz Greuter (SP),  
Stephan Luethi (SP), Jörg Vitelli (SP).*

28. Oktober 2015, 15:00 Uhr  
31. Sitzung *Erich Bucher (FDP), Daniel Goepfert (SP), Beatriz Greuter (SP),  
Roland Lindner (SVP), Stephan Luethi (SP), Jörg Vitelli (SP).*

28. Oktober 2015, 20:00 Uhr  
32. Sitzung *Erich Bucher (FDP), Leonhard Burckhardt (SP), Felix Eymann (LDP),  
Daniel Goepfert (SP), Helmut Hersberger (FDP), Oskar Herzig (SVP),  
Beatrice Isler (CVP/EVP), Stephan Luethi (SP), Thomas Müry (LDP),  
Franziska Reinhard (SP), Jörg Vitelli (SP), David Wüest-Rudin (GLP),  
Sarah Wyss (SP).*

### Verhandlungsgegenstände:

- |     |   |    |
|-----|---|----|
| 14. | Ausgabenbericht betreffend die Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Medien- und TheaterFalle Basel, Abteilung MedienFalle für die Jahre 2016 - 2019  | 4  |
| 15. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 15.0884.01 betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Sinfonieorchester Basel SOB für die Spielzeiten 2015/2016 - 2018/2019                          | 5  |
| 8.  | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Effizienzsteigerung bei der Kantonspolizei: Neukonzeption "Sicherheit und Transporte" - Teilrevision Polizeigesetz sowie Bericht zu einem Anzug               | 6  |
| 10. | Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule.   | 8  |
| 11. | Bericht des Regierungsrates über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2014  | 9  |
| 12. | Bericht der Petitionskommission betreffend Petition P323 "Gute Kinderbetreuung braucht gute Arbeitsbedingungen"   | 10 |
| 13. | Bericht der Petitionskommission betreffend Petition P337 "Für den Erhalt von Roswitha (Baum Nr. BS 017350)"   | 10 |
| 16. | Rahmenausgabenbewilligungen für bauliche Massnahmen zur Umsetzung der Schulharmonisierung und zum Ausbau der Tagesstrukturen. Bericht über die bisherige Mittelverwendung   | 11 |
| 17. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag "Areal Helvetia Campus" betreffend Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Alban-Anlage, Engelgasse, Lange Gasse | 11 |

18.	Ratschlag Oekolampad-Anlage. Sanierung und Aufwertung der Grünanlage Oekolampad-Matte sowie der Oekolampadstrasse und Neubau eines Infrastrukturgebäudes mit öffentlicher WC-Anlage	14
19.	Ratschlag Erlen Verein; Tierpark Lange Erlen. Erneuerung des Vertrages für die Jahre 2016 - 2019	15
21.	Antrag David Wüest-Rudin und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend die Hochkosten- bzw. Hochpreisinsel Schweiz und für faire Beschaffungspreise	16
22.	Motion Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend besucherfreundliche Parkgebühren am Abend und in der Nacht	17
23.	Anzüge 1 - 10	17
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 74 Annemarie Pfeifer betreffend Finanzierungslücke bei der Palliative-Care	23
25.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend gesetzliche Verankerung der Nachqualifizierungsmöglichkeit für Kindergartenlehrpersonen	23
26.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend unzureichende Umsetzung des Grossratsbeschlusses vom 22.10.2014 über Fördermassnahmen im Schulgesetz	24
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend verstärkte Präventionsarbeit in den Schulen	24
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Platzsituation von Kindergärten	25
29.	Beantwortung der Interpellation Nr. 65 Conradin Cramer betreffend angedrohte drastische Beitragskürzungen zu Lasten der Universität Basel	25
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Realisierung von Bandproberäumen in ungenutzten Kellerräumlichkeiten von Basler Schulanlagen	26
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Nora Bertschi und Konsorten betreffend Basel-Stadt wird Fair Trade Town	26
32.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend öffentlicher Ausschreibung von Sitzen in Strategie- und Aufsichtsgremien	27
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die einheitliche Regelung des Dolmetscherwesens an den Basler Gerichten und Behörden	28
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern	28
35.	Beantwortung der Interpellation Nr. 60 Eric Weber betreffend Kinderspielplätze in Basel	28
36.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Vereinheitlichung und Verlängerung der Boulevard-Öffnungszeiten in der Rheingasse	29
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen	30
38.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Karl Schweizer und Konsorten betreffend Ermöglichung der vermehrten Nutzung von Rasenflächen in öffentlichen Parkanlagen durch Freizeitsportler (z.B. im Ballsportbereich)	30
39.	Beantwortung der Interpellation Nr. 72 Christophe Haller betreffend Taktverdichtung der Linie 8 nach Weil am Rhein	30
40.	Beantwortung der Interpellation Nr. 79 Kerstin Wenk betreffend geplanter Mischnutzung auf dem Lysbüchel	31
41.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Öffnung des Steges unter der neuen Eisenbahnbrücke für Velofahrende	31
42.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Spielplätze für alle	31

43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Unterstützung "weicher" Massnahmen zur Abfederung der einschränkenden Folgen der Parkraumbewirtschaftung	32
44.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Mobilitätsmanagement	32
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Samuel Wyss betreffend Durchgang Dorfstrasse zur Kleinhüningeranlage	32
46.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mark Eichner und Konsorten betreffend steuerliche Förderung von Wohnraum zu Kostenmiete	33
47.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend automatisierter freiwilliger Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn	33
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	37
	Anhang C: Neue Vorstösse	43

### Beginn der 30. Sitzung

Mittwoch, 28. Oktober 2015, 09:00 Uhr

### Mitteilungen

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* Bevor wir die auf jetzt terminierten Geschäfte 14 und 15 behandeln und danach bei Traktandum 8 weiterfahren, habe ich Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

### Vorstösse für die Dezembersitzung

Da wir morgen Donnerstag früh bereits die Tagesordnung und das Geschäftsverzeichnis für die Novembersitzung in Druck geben müssen, bitte ich Sie, Vorstösse, welche noch im Dezember traktandiert werden sollen, bis spätestens heute Mittag dem Ratssekretariat abzugeben. Später abgegebene Vorstösse werden dann erstmals im Geschäftsverzeichnis für den Dezember gedruckt und im Januar zur Überweisung traktandiert.

### Beschwerde gegen das Gerichtsorganisationsgesetz

Gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 3. Juni 2015 für ein total revidiertes Gerichtsorganisationsgesetz wurde beim Bundesgericht eine Beschwerde eingereicht. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Da der Grosse Rat den Antrag des Regierungsrates zum GOG weitgehend übernommen hat, hat das Ratsbüro den Regierungsrat beauftragt, vor Gericht auch die Interessen des Parlamentes zu vertreten. Sobald das Bundesgericht abschliessend entschieden hat, werden wir Sie über das Ergebnis informieren.

### Gratulation zur Wahl in den Nationalrat

Ich begrüsse heute im Saal ganz besonders den Erziehungsdirektor, Regierungsrat Christoph Eymann, und gratuliere ihm hier nochmals - jetzt in seiner Anwesenheit - zur Wahl in den Nationalrat. *[Applaus]*

## 14. Ausgabenbericht betreffend die Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Medien- und TheaterFalle Basel, Abteilung MedienFalle für die Jahre 2016 - 2019

[28.10.15 09:02:36, BKK, PD, 15.1077.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf das Geschäft 15.1077 einzutreten und dem Verein Medien- und TheaterFalle Basel Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 600'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Franziska Reinhard (SP)*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**82 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 1128, 28.10.15 09:09:51]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Verein Medien- und TheaterFalle Basel, Abteilung MedienFalle, werden für die Jahre 2016 - 2019 Ausgaben von insgesamt Fr. 600'000 (jährlich Fr. 150'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 15. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 15.0884.01 betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Sinfonieorchester Basel SOB für die Spielzeiten 2015/2016 - 2018/2019

[28.10.15 09:10:05, BKK, PD, 15.0884.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt mit ihrem Bericht 15.0884.02, auf das Geschäft einzutreten und dem Sinfonieorchester Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 30'420'460 zu bewilligen.

Der Grosse Rat hat bei der Genehmigung der Tagesordnung beschlossen, das Geschäft heute dringlich zu traktandieren und es auf heute zu terminieren.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

### Fraktionsvoten

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Franziska Reinhard (SP); Heidi Mück (GB); Martina Bernasconi (GLP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

### Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Staatsbeiträge

Ziffer 2, Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** *[Abstimmung # 1129, 28.10.15 09:59:58]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1.

Für die Stiftung Sinfonieorchester Basel SOB werden Ausgaben von Fr. 30'420'460 (zuzüglich allfälliger Teuerung) für die Spielzeiten 2015/2016 bis 2018/2019 bewilligt.

a)

Grundstaatsbeitrag für die Spielzeit 2015/2016 Fr. 6'540'115

Grundstaatsbeitrag für die Spielzeit 2016/2017 Fr. 6'440'115

Grundstaatsbeitrag pro Spielzeit 2017/2018-2018/2019 Fr. 6'340'115

b)

Übernahme der Arbeitgeberkosten für die Personalvorsorge (2. Säule) gemäss effektivem Aufwand pro Spielzeit 2015/2016-2018/2019 durchschnittlich Fr. 1'190'000

2.

Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss den Bestimmungen in § 12 des Staatsbeitragsgesetzes kann vom Regierungsrat jährlich beschlossen werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**8. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Effizienzsteigerung bei der Kantonspolizei: Neukonzeption "Sicherheit und Transporte" - Teilrevision Polizeigesetz sowie Bericht zu einem Anzug**

[28.10.15 10:00:10, JSSK, JSD, 15.0339.02 13.5499.03, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt mit ihrem Bericht 15.0339.02, auf das Geschäft einzutreten und dem vorgelegten Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Eric Weber (fraktionslos); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Römisch I

Polizeigesetz

§ 20. Abs. 1, Abs. 3

§ 29. Abs. 3

Römisch II und Römisch III werden nicht publiziert

Römisch IV Schlussbestimmung (wird Römisch II)

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 1130, 28.10.15 10:14:36]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung des Polizeigesetzes wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Die Änderung des Polizeigesetzes ist im Kantonsblatt Nr. 82 vom 31. Oktober 2015 publiziert.
--

Die Kommission beantragt, den Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend neu zu schaffende Funktion bei der Kantonspolizei Basel-Stadt: Polizeiliche Sicherheitsassistentz (13.5499) als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5499 ist **erledigt**.

## 10. Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule.

[28.10.15 10:15:02, ED, 15.0783.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die formulierte Volksinitiative für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule (15.0783) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

### Fraktionsvoten

*Heidi Mück (GB): beantragt, die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.*

Voten: *Luca Urgese (FDP); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

### Zwischenfrage

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

Voten: *Katja Christ (GLP); Sibylle Benz (SP)*

### Einzelvoten

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

### Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

### Der Grosse Rat

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.



### Schlussabstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 1131, 28.10.15 10:48:33]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 3'530 Unterschriften zustande gekommene Volksinitiative für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

Heidi Mück und andere beantragen, die Initiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. a. IRG sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

### Abstimmung

Weiteres Vorgehen (Volksabstimmung oder Regierungsrat)

JA heisst Überweisung der Initiative an den Regierungsrat, NEIN heisst sofortige Vorlage der Initiative vor das Volk.

*[Die Abstimmung muss aus technischen Gründen wiederholt werden]*

### Ergebnis der Abstimmung

**31 Ja, 52 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1133, 28.10.15 10:50:43]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Volksinitiative für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule gemäss § 18 Abs. 3 lit. a. IRG sofort **den Stimmberechtigten** ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 11. Bericht des Regierungsrates über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2014

[28.10.15 10:51:00, BKK, ED, 15.0989.01, BER]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, den Lehrstellen-Bericht (15.0989.01) zur Kenntnis zu nehmen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Heidi Mück (GB); Sarah Wyss (SP)*

### Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

vom Bericht des Regierungsrates über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2014 (15.0989.01).

## 12. Bericht der Petitionskommission betreffend Petition P323 "Gute Kinderbetreuung braucht gute Arbeitsbedingungen"

[28.10.15 10:59:48, PetKo, 13.1822.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P323 "Gute Kinderbetreuung braucht gute Arbeitsbedingungen" (13.1822) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission; Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Pascal Pfister (SP); Eric Weber (fraktionslos)*

*Thomas Müry (LDP): beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.*

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

### Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst Erledigterklärung.

### Ergebnis der Abstimmung

**45 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 1134, 28.10.15 11:16:12]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P323 (13.1822) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

**13. Bericht der Petitionskommission betreffend Petition P337 "Für den Erhalt von Roswitha (Baum Nr. BS 017350)"**

[28.10.15 11:16:38, PetKo, 15.5281.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P337 "Für den Erhalt von Roswitha (Baum Nr. BS 017350)" (15.5281) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P337 (15.5281) ist **erledigt**.

**16. Rahmenausgabenbewilligungen für bauliche Massnahmen zur Umsetzung der Schulharmonisierung und zum Ausbau der Tagesstrukturen. Bericht über die bisherige Mittelverwendung**

[28.10.15 11:17:56, BRK / BKK, BVD, 15.0885.01, SCH]

Der Regierungsrat, die Bau- und Raumplanungskommission und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, den Bericht 15.0885.01 zur Kenntnis zu nehmen

Voten: *Conradin Cramer, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Sibylle Benz (SP)*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Der Grosse Rat nimmt Kenntnis**

vom Bericht über die bisherige Mittelverwendung.

**17. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag "Areal Helvetia Campus" betreffend Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Alban-Anlage, Engelgasse, Lange Gasse**

[28.10.15 11:25:55, BRK, BVD, 15.0646.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt mit ihrem Bericht 15.0646.02, auf das Geschäft einzutreten und dem vorgelegten Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Voten: *Conradin Cramer, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

**Zwischenfrage**

Voten: *Jürg Meyer (SP); Conradin Cramer, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Roland Lindner (SVP); Thomas Grossenbacher (GB)*

**Einzelvoten**

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Leonhard Burckhardt (SP)*

*Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten und eventuell Rückweisung an den Regierungsrat.*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Abstimmung**

Nichteintretensantrag Eric Weber

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

**Ergebnis der Abstimmung**

**77 Ja, 4 Nein.** [Abstimmung # 1135, 28.10.15 11:55:19]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf das Geschäft **einzutreten**.

**Abstimmung**

Rückweisungsantrag Eric Weber

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst Nichtrückweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**5 Ja, 74 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 1136, 28.10.15 11:56:07]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

I. Zonenänderung

II. Festsetzung eines Bebauungsplans

Ziffer 1 - 3

III. Abweisung von Einsprachen

IV. Publikation mit Publikations- und Referendumsklausel und Wirksamkeit

Rechtsmittelbelehrung

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**76 Ja, 7 Nein.** [Abstimmung # 1137, 28.10.15 11:57:21]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss inkl. Rechtsmittelbelehrung ist im Kantonsblatt Nr. 82 vom 31. Oktober 2015 publiziert.
--

**Schluss der 30. Sitzung**

11:57 Uhr

---

**Beginn der 31. Sitzung**

Mittwoch, 28. Oktober 2015, 15:00 Uhr

**18. Ratschlag Oekolampad-Anlage. Sanierung und Aufwertung der Grünanlage Oekolampad-Matte sowie der Oekolampadstrasse und Neubau eines Infrastrukturgebäudes mit öffentlicher WC-Anlage**

[28.10.15 15:00:52, UVEK, BVD, 15.0785.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft 15.0785 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 4'319'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Fraktionsvoten**

*Bruno Jagher (SVP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.*

Voten: *Brigitte Heilbronner (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Felix Eymann (LDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Zwischenfrage**

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Abstimmung**

Rückweisungsantrag Bruno Jagher

JA heisst Zustimmung zum Rückweisungsantrag, NEIN heisst Ablehnung des Rückweisungsantrags

**Ergebnis der Abstimmung**

**15 Ja, 70 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1138, 28.10.15 15:23:45]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Die Gesamtsumme der Ausgabenbewilligung reduziert sich gegenüber dem Beschlussentwurf um Fr. 32'000 auf insgesamt Fr. 4'319'000.

Alinea 1 - 4

Alinea 5

Hier reduziert sich der Betrag ebenfalls um Fr. 32'000 auf Fr. 580'000.

Alinea 6

Publikations- und Referendums Klausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**69 Ja, 11 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1139, 28.10.15 15:25:29]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem bereinigten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 82 vom 31. Oktober 2015 publiziert.
--

## 19. Ratschlag Erlen Verein; Tierpark Lange Erlen. Erneuerung des Vertrages für die Jahre 2016 - 2019

[28.10.15 15:25:44, UVEK, BVD, 15.1109.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft 15.1109 einzutreten und dem Erlen Verein Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1'700'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Felix Eymann (LDP); Peter Bochsler (FDP)*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

#### **Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1, Alinea 1 und 2

Ziffer 2

Publikations- und Referendumsklausel

#### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 1140, 28.10.15 15:31:09]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1.

Für den Erlen-Verein werden für die Jahre 2016 - 2019 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'700'000 (Fr. 425'000 p.a.) bewilligt. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 1'540'000 (Fr. 385'000 p.a.), Bau- und Verkehrsdepartement / Stadtgärtnerei, für den allgemeinen Arealunterhalt und Energie- und Wasserkosten

- Fr. 160'000 (Fr. 40'000 p.a.), Bau- und Verkehrsdepartement / Stadtgärtnerei, für die Instandhaltung der Tiergehege und Behausungen

2.

Der Übertragungs- und Baurechtsvertrag vom 23. Mai 2013 zwischen der Einwohnergemeinde der Stadt Basel und dem Erlen-Verein Basel wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

### **21. Antrag David Wüest-Rudin und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend die Hochkosten- bzw. Hochpreisinsel Schweiz und für faire Beschaffungspreise**

[28.10.15 15:31:21, WSU, 15.5326.01, NSE]

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* Ich bitte Sie, zu beachten, dass der Text einer Standesinitiative gemäss § 52 Abs. 3 GO im Rahmen der ersten Beratung noch redigiert (bereinigt) werden kann, danach aber nicht mehr verändert werden darf. Anträge zur Redaktion des Textes können aus der Mitte des Rates, durch Fraktionen oder Kommissionen, aber auch seitens des Regierungsrates gestellt werden.

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 15.5326 auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB)*

*Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP)*



**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**63 Ja, 15 Nein, 9 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1141, 28.10.15 15:40:21]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag 15.5326 auf Einreichung einer Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

**22. Motion Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend besucherfreundliche Parkgebühren am Abend und in der Nacht**

[28.10.15 15:40:38, BVD, 15.5300.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 15.5300 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Michael Wüthrich (GB): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Christian Meidinger (SVP); Brigitte Heilbronner (SP); Heiner Vischer (LDP); Eric Weber (fraktionslos); Stephan Mumenthaler (FDP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 43 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1142, 28.10.15 15:57:41]

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit Stichentscheid der Präsidentin, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 15.5300 ist **erledigt**.

## 23. Anzüge 1 - 10

[28.10.15 15:58:05]

### 1. Anzug Michel Rusterholtz und Konsorten betreffend FLAG ORG Scientology an der Burgfelderstrasse

[28.10.15 15:58:05, PD, 15.5294.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5294 entgegenzunehmen.

*Christian Egeler (FDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Michel Rusterholtz (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Brigitta Gerber (GB)*

#### Zwischenfrage

Voten: *Luca Urgese (FDP); Brigitta Gerber (GB)*

Voten: *Sarah Wyss (SP); Eric Weber (fraktionslos); David Jenny (FDP); Brigitte Heilbronner (SP); David Wüest-Rudin (GLP); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Andrea Bollinger (SP); Michel Rusterholtz (SVP)*

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

**55 Ja, 33 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1143, 28.10.15 16:36:33]

#### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5294 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### 2. Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend ÖV-Verbindung nach Inzlingen

[28.10.15 16:36:45, BVD, 15.5295.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5295 entgegenzunehmen.

*Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Thomas Strahm (LDP); Salome Hofer (SP)*

#### Zwischenfrage

Voten: *Felix Eymann (LDP); Salome Hofer (SP)*

Voten: *Franziska Roth-Bräm (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**63 Ja, 20 Nein, 2 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 1144, 28.10.15 16:43:21*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 15.5295 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**3. Anzug Alexander Gröflin betreffend Offenlegung der Vergütungen an Grossratsmitglieder**

[28.10.15 16:43:33, Ratsbüro, 15.5304.01, NAE]

Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug 15.5304 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 15.5304 einzutreten und ihn dem Ratsbüro zu **überweisen**.

**4. Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den inländischen Fachkräftemangel**

[28.10.15 16:44:01, ED, 15.5309.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5309 entgegenzunehmen.

*Heidi Mück (GB): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Toya Krummenacher (SP); Andreas Ungricht (SVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Andreas Ungricht (SVP); Heidi Mück (GB)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**31 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 1145, 28.10.15 16:57:30*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5309 ist **erledigt**.

**5. Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Numerus Clausus für Sozial- und Geisteswissenschaften**

[28.10.15 16:57:43, ED, 15.5310.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 15.5310 entgegenzunehmen.

Voten: *Sibylle Benz (SP)*; *Lorenz Nägelin (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**12 Ja, 72 Nein.** [Abstimmung # 1146, 28.10.15 17:04:51]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5310 ist **erledigt**.

**Mitteilung**

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin*: ich teile Ihnen mit, dass ich eine Nachtsitzung durchführen werde.

**6. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend Senkung der Maturitätsquote**

[28.10.15 17:05:16, ED, 15.5311.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5311 entgegenzunehmen.

*Ruedi Rechsteiner (SP)*: **beantragt Nichtüberweisung**.

Voten: *Daniela Stumpf (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**13 Ja, 66 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1147, 28.10.15 17:13:52]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5311 ist **erledigt**.

**7. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Studiengebühren für ausländische Studierende**

[28.10.15 17:14:05, ED, 15.5312.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5312 entgegenzunehmen.

*Raoul Furlano (LDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Heidi Mück (GB); Eric Weber (fraktionslos); Joël Thüring (SVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Joël Thüring (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**30 Ja, 50 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1148, 28.10.15 17:25:41]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5312 ist **erledigt**.

**8. Anzug Joël Thüring und Heidi Mück betreffend Eintrittspreise an baselstädtischen Institutionen für ausserkantonale Besucher**

[28.10.15 17:25:53, PD, 15.5313.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5313 entgegenzunehmen.

*Heiner Vischer (LDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Danielle Kaufmann (SP); Martina Bernasconi (GLP); Eric Weber (fraktionslos); Heidi Mück (GB)*

**Zwischenfragen**

Voten: *David Jenny (FDP); Heidi Mück (GB); Heiner Vischer (LDP); Heidi Mück (GB)*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Joël Thüring (SVP)*

**Zwischenfragen**

Voten: *Salome Hofer (SP); Joël Thüring (SVP); Heiner Vischer (LDP); Joël Thüring (SVP); Martin Lüchinger (SP); Joël Thüring (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**22 Ja, 55 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1149, 28.10.15 17:52:21]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5313 ist **erledigt**.

**9. Anzug Eric Weber betreffend Schadstoffmessung in öffentlichen Gebäuden**

[28.10.15 17:52:35, WSU, 15.5332.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5332 entgegenzunehmen.

*Kerstin Wenk (SP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**4 Ja, 73 Nein.** [Abstimmung # 1150, 28.10.15 17:55:14]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5332 ist **erledigt**.

**10. Anzug Eric Weber betreffend Online-Meldesystem für Mängelbeseitigung**

[28.10.15 17:55:26, PD, 15.5333.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5333 entgegenzunehmen.

*Philippe Macherel (SP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**2 Ja, 64 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1151, 28.10.15 17:57:36]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5333 ist **erledigt**.

**Schluss der 31. Sitzung**

17:57 Uhr

---

**Beginn der 32. Sitzung**

Mittwoch, 28. Oktober 2015, 20:00 Uhr

**24. Beantwortung der Interpellation Nr. 74 Annemarie Pfeifer betreffend Finanzierungslücke bei der Palliative-Care**

[28.10.15 20:00:28, GD, 15.5394.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5394 ist **erledigt**.

**25. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend gesetzliche Verankerung der Nachqualifizierungsmöglichkeit für Kindergartenlehrpersonen**

[28.10.15 20:03:13, ED, 15.5036.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5036 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert einem Jahr.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

*Sibylle Benz (SP): beantragt Überweisung als Motion.*

Voten: *Annemarie Pfeifer (CVP/EVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Abstimmung**

zur Überweisung als Motion

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**41 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 1152, 28.10.15 20:13:13*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 15.5036 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert einem Jahr** zu **überweisen**.

**26. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend unzureichende Umsetzung des Grossratsbeschlusses vom 22.10.2014 über Fördermassnahmen im Schulgesetz**

[28.10.15 20:13:27, ED, 15.5154.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5154 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert einem Jahr.

*Brigitta Gerber (GB): beantragt Überweisung als Motion.*

Voten: *Georg Mattmüller (SP); Aeneas Wanner (GLP); Remo Gallacchi (CVP/EVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Aeneas Wanner (GLP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 33 Nein, 4 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 1153, 28.10.15 20:27:30*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 15.5154 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert einem Jahr** zu **überweisen**.



**27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend verstärkte Präventionsarbeit in den Schulen**

[28.10.15 20:27:43, ED, 13.5174.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5174 abzuschreiben.

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5174 ist **erledigt**.

**28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Platzsituation von Kindergärten**

[28.10.15 20:30:57, ED, 10.5353.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5353 abzuschreiben.

*Mark Eichner (FDP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *René Brigger (SP)*; *Andreas Ungricht (SVP)*; *Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*; *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

**Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 1154, 28.10.15 20:43:20]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 10.5353 **stehen zu lassen**.

**29. Beantwortung der Interpellation Nr. 65 Conradin Cramer betreffend angedrohte drastische Beitragskürzungen zu Lasten der Universität Basel**

[28.10.15 20:43:38, ED, 15.5315.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Conradin Cramer (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5315 ist **erledigt**.

**30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Realisierung von Bandproberäumen in ungenutzten Kellerräumlichkeiten von Basler Schulanlagen**

[28.10.15 20:44:15, ED, 13.5219.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5219 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5219 ist **erledigt**.

**31. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Nora Bertschi und Konsorten betreffend Basel-Stadt wird Fair Trade Town**

[28.10.15 20:44:52, PD, 15.5029.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5029 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die der Umsetzung innert einem Jahr.

Voten: *Toya Kruppenacher (SP)*

*Stephan Mumenthaler (FDP)*: **beantragt Nichtüberweisung**.

**Zwischenfrage**

Voten: *Toya Kruppenacher (SP)*; *Stephan Mumenthaler (FDP)*

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*; *Thomas Grossenbacher (GB)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 15.5029 in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

Überweisung als Anzug

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 35 Nein.** [Abstimmung # 1155, 28.10.15 20:52:13]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den **Anzug 15.5029** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**32. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend öffentlicher Ausschreibung von Sitzen in Strategie- und Aufsichtsgremien**

[28.10.15 20:52:25, PD, 15.5065.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5065 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

*Mirjam Ballmer (GB): beantragt die Überweisung als Motion.*

*Christine Wirz-von Planta (LDP): beantragt Nichtüberweisung.*

**Zwischenfrage**

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Patrick Hafner (SVP)*

**Eventualabstimmung**

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**60 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 1156, 28.10.15 21:03:37]

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion 15.5065 in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

zur Überweisung als Anzug

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 21 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1157, 28.10.15 21:04:22]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den **Anzug 15.5065** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die einheitliche Regelung des Dolmetscherwesens an den Basler Gerichten und Behörden**

[28.10.15 21:04:36, PD, 10.5260.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5260 abzuschreiben.

*Ursula Metzger (SP): beantragt*, den Anzug **stehen zu lassen**.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1158, 28.10.15 21:07:53]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5260 ist **erledigt**.

**34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern**

[28.10.15 21:08:05, PD, 11.5057.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5057 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

**35. Beantwortung der Interpellation Nr. 60 Eric Weber betreffend Kinderspielplätze in Basel**

[28.10.15 21:08:35, BVD, 15.5276.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5276 ist **erledigt**.

**36. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Vereinheitlichung und Verlängerung der Boulevard-Öffnungszeiten in der Rheingasse**

[28.10.15 21:10:11, BVD, 15.5013.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5013 rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die der Umsetzung innert einem Jahr.

**Fraktionsvoten**

Voten: *Kerstin Wenk (SP)*

*Mark Eichner (FDP): beantragt Nichtüberweisung.*

**Zwischenfrage**

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Mark Eichner (FDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Peter Bochslers (FDP); Dieter Werthemann (GLP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Dieter Werthemann (GLP)*

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Mirjam Ballmer (GB); Patrick Hafner (SVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 15.5013 in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

zur Überweisung als Anzug

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 20 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1159, 28.10.15 21:34:41]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den **Anzug 15.5013** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen**

[28.10.15 21:34:52, BVD, 12.5375.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5375 abzuschreiben.

Voten: *Pascal Pfister (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5375 ist **erledigt**.

**38. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Karl Schweizer und Konsorten betreffend Ermöglichung der vermehrten Nutzung von Rasenflächen in öffentlichen Parkanlagen durch Freizeitsportler (z.B. im Ballsportbereich)**

[28.10.15 21:36:06, BVD, 13.5218.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5218 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5218 ist **erledigt**.

**39. Beantwortung der Interpellation Nr. 72 Christophe Haller betreffend Taktverdichtung der Linie 8 nach Weil am Rhein**

[28.10.15 21:36:42, BVD, 15.5391.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Christophe Haller (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 15.5391 ist **erledigt**.

**40. Beantwortung der Interpellation Nr. 79 Kerstin Wenk betreffend geplanter Mischnutzung auf dem Lysbüchel**

[28.10.15 21:38:47, BVD, 15.5402.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Kerstin Wenk (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 15.5402 ist **erledigt**.

**41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Öffnung des Steges unter der neuen Eisenbahnbrücke für Velofahrende**

[28.10.15 21:41:16, BVD, 13.5505.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5505 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5505 ist **erledigt**.

**42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Spielplätze für alle**

[28.10.15 21:41:47, BVD, 13.5259.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5259 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5259 ist **erledigt**.

**43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Unterstützung "weicher" Massnahmen zur Abfederung der einschränkenden Folgen der Parkraumbewirtschaftung**

[28.10.15 21:42:12, BVD, 13.5478.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5478 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5478 ist **erledigt**.

**44. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Mobilitätsmanagement**

[28.10.15 21:42:48, BVD, 09.5103.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 09.5103 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5103 ist **erledigt**.



**45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Samuel Wyss betreffend Durchgang Dorfstrasse zur Kleinhüningeranlage**

[28.10.15 21:43:13, BVD, 13.5315.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5315 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5315 ist **erledigt**.

**46. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mark Eichner und Konsorten betreffend steuerliche Förderung von Wohnraum zu Kostenmiete**

[28.10.15 21:43:42, FD, 15.5075.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5075 rechtlich nur teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *Mark Eichner (FDP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 15.5075 ist **erledigt**.

**47. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend automatisierter freiwilliger Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn**

[28.10.15 21:46:39, FD, 15.5219.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5219 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

*Patrizia Bernasconi (GB): beantragt die Überweisung als Motion.*

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP); Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP)*

*Christophe Haller (FDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Conradin Cramer (LDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Ursula Metzger (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

**Zwischenfragen**

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP); David Jenny (FDP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Raoul Furlano (LDP); Christian von Wartburg (SP)*

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Aeneas Wanner (GLP)*

**Eventualabstimmung**

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**38 Ja, 40 Nein.** [Abstimmung # 1160, 28.10.15 22:15:46]

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion 15.5219 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

zur Überweisung als Motion

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 1161, 28.10.15 22:16:32]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 15.5219 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

**Ordnungsantrag**

Eduard Rutschmann (SVP) beantragt den Abbruch der Sitzung.

**Abstimmung**

Ordnungsantrag Eduard Rutschmann auf Abbruch der Sitzung

JA heisst Abbruch der Sitzung, NEIN kein Sitzungsabbruch.

**Ergebnis der Abstimmung**

**40 Ja, 32 Nein, 5 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 1162, 28.10.15 22:17:23]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Sitzung abubrechen.

**Tagesordnung**

die nachfolgenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 11. / 18. November 2015 vorgetragen:

48. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Überprüfung und Anpassung der Löhne der Lehrerinnen und Lehrer (11.5154.03)

49. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten (15.5148.02)

50. Beantwortung der Interpellation Nr. 59 Mustafa Atici betreffend Werkplatz Basel in Gefahr: Auswirkungen des starken Frankens für die Region - Massnahmen der Regierung? (15.5275.02)

51. Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Brigitta Gerber betreffend Bässlergut und Neuankömmlinge (15.5293.02)

52. Beantwortung der Interpellation Nr. 76 Edibe Gölgeci betreffend Hilfe für Flüchtlinge (15.5398.02)

53. Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Heidi Mück betreffend Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender in Basel (15.5400.02)

54. Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Sibel Arslan betreffend private Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (15.5403.02)

55. Beantwortung der Interpellation Nr. 73 Jürg Meyer betreffend teilweise Verschlechterung der Richtsätze der Sozialhilfe (SKOS-Richtsätze) (15.5393.02)

56. Beantwortung der Interpellation Nr. 75 Pascal Pfister betreffend geplantem Container-Terminal Basel-Nord (15.5396.02)

57. Beantwortung der Interpellation Nr. 78 Luca Urgese betreffend Rolle des Kantons bei Emissionsmessungen von stationären, emissionsverursachenden Anlagen (15.5401.02)

58. Beantwortung der Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Sicherheit im Basler Rathaus und für Parlamentsabgeordnete (15.5331.02)

### **Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Patricia von Falkenstein betreffend genügend Wohnungen und Pflegeheimplätze im Alter (Nr. 15.5443.01)
- Heinrich Ueberwasser betreffend Einsatz des Zivilschutzes bei einer Flüchtlingswelle (Nr. 15.5452.01)
- Nora Bertschi betreffend St. Johans-Platz (Nr. 15.5456.01)
- Sibylle Benz Hübner betreffend Materialverleih Sommerlager (Nr. 15.5457.01)
- Georg Mattmüller betreffend integrative Berufsbildung (Nr. 15.5472.01)
- Pascal Pfister betreffend Zusammensetzung der Kommission für Entwicklungszusammenarbeit (Nr. 15.5475.01)

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

### **Schluss der 32. Sitzung**

22:17 Uhr

Basel, 28. Oktober 2015

Elisabeth Ackermann  
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 1128 - 1142	1128	1129	1130	1131	1133	1134	1135	1136	1137	1138	1139	1140	1141	1142
1	Beatriz Greuter (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	N
2	Sibylle Benz (SP)	J	A	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
4	Dominique König-Lüdin (SP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	A	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	N	A	J	N	J	N	J	J	J	N
7	Thomas Gander (SP)	J	J	E	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
8	René Brigger (SP)	J	A	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	E	E	J	A	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	E	E	J	E	J
11	Erich Bucher (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	J	A	J	N	J	N	J	J	N	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	J	E	J
14	Patrick Hafner (SVP)	A	J	A	J	N	N	J	N	J	J	N	J	N	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	A	J	J	N	N	J	N	J	J	E	J	A	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	A	J	N	N	J	N	J	A	A	A	A	A
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	N	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	J	E	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	J	N	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	J	E	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	E	J	J	N	J	N	J	J	J	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	N	J	J	J	N
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	E	J	J	E
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	J	J	E	J	J	N	J	N	J	J	J	N
29	Daniel Goepfert (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	A	J	N
31	Jörg Vitelli (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	N	J	N	J	N	N	J	J	J	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
34	Andrea Bollinger (SP)	A	J	J	J	N	A	J	N	J	N	J	A	J	N
35	Toya Krummenacher (SP)	J	J	J	J	N	J	A	A	A	N	J	J	J	N
36	Stephan Luethi (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	A	J	J	N
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	J	A	A	A	A	A	A	J	N	J	E	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	E	J	A	J	N	N	A	A	A	J	N	J	E	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	E	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	A	A	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J	J	N	J	J	E	N	N	J	J	J	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	J	N	J	A	N	J	N	J	J	J	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N
50	Nora Bertsch (GB)	J	J	J	A	A	A	A	A	A	N	J	J	J	N
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	J	J	J	J	N	A	A	A	N	J	J	N	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	J	E	J



Sitz	Abstimmungen 1143 - 1156	1143	1144	1145	1146	1147	1148	1149	1150	1151	1152	1153	1154	1155	1156
1	Beatriz Greuter (SP)	E	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	N	N	N	N	E	A	A	J	J	N	J	J
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
4	Dominique König-Lüdin (SP)	J	J	N	N	N	N	N	N	N	J	A	N	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
6	Otto Schmid (SP)	N	J	N	N	E	N	N	N	E	J	J	N	J	J
7	Thomas Gander (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
8	René Brigger (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	A	A	J	N	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	A	J	N	A	J	N	N	A	N	N	N	N	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	N	E	J	N	N	N	N	N	N	N	A
11	Erich Bucher (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
12	Murat Kaya (FDP)	E	J	J	N	N	A	A	A	A	E	J	N	N	J
13	David Jenny (FDP)	N	J	N	N	N	J	N	N	A	N	J	N	N	N
14	Patrick Hafner (SVP)	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	N	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	A	A
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A	A	A	J	J	N	E	N	N	J	N	N
17	Bruno Jagher (SVP)	E	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	N	J
18	Michael Wüthrich (GB)	N	J	N	N	A	A	J	J	N	J	J	N	J	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	N	N	N	N	J	N	N	J	J	N	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	N	A	A	A	N	N	N	N	N	N	N	J	N	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	J	N	N	N	N	N	N	A	N	N	J	N	J
23	Michael Koechlin (LDP)	N	J	A	N	N	N	N	N	N	N	N	J	N	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	J	N	N	J	N	N	N	E	N	J	N	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
26	Aeneas Wannier (GLP)	J	N	N	N	N	N	N	N	N	J	J	J	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	N	N	N	N	N	J	N	N	N	E	J	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	N	N	N	N	A	N	A	J	J	A	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	N	J	N	N	A	A	N	N	N	J	J	J	J	J
31	Jörg Vitelli (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	N	N	N	N	N	A	A	J	J	N	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	J	N	A	A	A	N	N	N	J	J	N	J	A
35	Toya Krummenacher (SP)	E	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
36	Stephan Luethi (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
37	Leonhard Burckhardt (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	A	A	A	A	A	A
38	Seyit Erdogan (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	N	J	J	J	J	A	A	A	N	N	J	N	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	N	J	N	E	E	J	N	N	N	N	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	N	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	N	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	N	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	N	N	N	N	J	A	A	J	J	N	J	N
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	N	N	N	E	E	N	N	J	J	N	J	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	A	N	N	E	E	N	N	J	J	N	J	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	N
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	N	N	N	N	E	N	A	J	A	A	A	A
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	N	J	J	N	N	J	N	N	N	N	J	N	N	J
52	Christian Egeler (FDP)	N	J	J	N	N	J	N	A	A	N	J	N	N	J





Sitz	Abstimmungen 1157 - 1162	1157	1158	1159	1160	1161	1162
1	Beatriz Greuter (SP)	J	N	J	N	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	J	N	J	N	J	E
3	Philippe Macherel (SP)	J	N	J	N	J	N
4	Dominique König-Lüdin (SP)	J	N	J	N	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	J	N	J	N	J	N
6	Otto Schmid (SP)	J	N	J	N	J	N
7	Thomas Gander (SP)	J	N	J	N	J	J
8	René Brigger (SP)	J	N	J	N	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	N	J	E	J	N	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	E	J	E	J	N	E
11	Erich Bucher (FDP)	A	A	A	A	A	A
12	Murat Kaya (FDP)	J	E	N	J	N	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	N	J	N	J
14	Patrick Hafner (SVP)	N	J	N	J	N	E
15	Lorenz Nägelin (SVP)	A	J	J	J	N	E
16	Roland Lindner (SVP)	N	J	N	J	N	J
17	Bruno Jagher (SVP)	N	J	N	J	N	N
18	Michael Wüthrich (GB)	J	N	J	N	J	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	N	N	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	E	J	J	J	N	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	J	A	A	A	A
23	Michael Koechlin (LDP)	N	J	J	J	N	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	A	A	A	A	A	A
26	Aeneas Wanner (GLP)	J	J	J	N	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	N	J	N	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	N	J	N	J	A
29	Daniel Goepfert (SP)	A	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	J	N	J	N	J	N
31	Jörg Vitelli (SP)	A	A	A	A	A	A
32	Jürg Meyer (SP)	J	N	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	N	J	N	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	J	N	J	N	J	N
36	Stephan Luethi (SP)	A	A	A	A	A	A
37	Leonhard Burckhardt (SP)	A	A	A	A	A	A
38	Seyit Erdogan (SP)	J	N	J	N	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	N	J	N	J	N
40	Christian von Wartburg (SP)	J	N	J	N	J	N
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	N	J	N	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	N	A	A	A
43	Andreas Ungricht (SVP)	N	J	N	J	N	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	N	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	N	J	N	J	N	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	N	J	N	J	N
47	Brigitta Gerber (GB)	J	N	J	N	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	N	N	N	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	N	J	N	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	A	A	A	A	A	A
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	J	J	J	N	N
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	N	N

Sitz	Abstimmungen 1157 - 1162	1157	1158	1159	1160	1161	1162
53	Luca Urgese (FDP)	J	J	J	J	N	N
54	Christine Wirz (LDP)	N	J	J	J	N	N
55	Heiner Vischer (LDP)	N	J	J	J	N	J
56	Thomas Müry (LDP)	A	A	A	A	A	A
57	Felix Meier (CVP/EVP)	N	J	N	N	E	N
58	Helen Schai (CVP/EVP)	J	J	J	N	N	N
59	Andrea E. Knellwolf (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J
60	David Wüest-Rudin (GLP)	A	A	A	A	A	A
61	Martina Bernasconi (GLP)	J	J	J	J	E	J
62	Mustafa Atici (SP)	J	N	J	N	J	J
63	Tanja Soland (SP)	J	A	J	N	J	J
64	Martin Lüchinger (SP)	J	N	J	N	J	N
65	Gülsen Oeztürk (SP)	J	N	J	N	J	J
66	Kerstin Wenk (SP)	J	N	J	N	J	N
67	Edibe Gölgeli (SP)	J	N	J	N	J	J
68	Franziska Reinhard (SP)	A	A	A	A	A	A
69	Sarah Wyss (SP)	A	A	A	A	A	A
70	Georg Mattmüller (SP)	J	N	J	N	J	N
71	Pascal Pfister (SP)	J	N	J	N	J	N
72	Mirjam Ballmer (GB)	J	A	J	N	J	N
73	Heidi Mück (GB)	J	N	E	N	J	N
74	Urs Müller (GB)	J	N	J	N	J	J
75	Talha Ugur Camlibel (GB)	J	N	J	N	J	J
76	Rudolf Vogel (SVP)	N	J	N	J	N	J
77	Christian Meidinger (SVP)	N	J	J	J	N	J
78	Oskar Herzig (SVP)	A	A	A	A	A	A
79	Toni Casagrande (SVP)	A	A	A	A	A	A
80	Peter Bochsler (FDP)	N	J	N	J	N	N
81	Mark Eichner (FDP)	N	J	N	J	N	J
82	Beat Braun (FDP)	J	J	J	J	N	J
83	Felix Eymann (LDP)	A	A	A	A	A	A
84	André Auderset (LDP)	A	A	A	A	A	A
85	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	N	J	J	J	N	N
86	Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP)	A	A	J	J	N	A
87	Eric Weber (fraktionslos)	N	E	E	A	N	N
88	Martin Gschwind (fraktionslos)	N	J	J	A	A	A
89	Salome Hofer (SP)	J	N	J	N	J	N
90	Franziska Roth (SP)	J	N	J	N	J	E
91	Eduard Rutschmann (SVP)	N	J	N	J	N	J
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	J	J	J	J	N	J
93	Conradin Cramer (LDP)	N	J	J	J	N	J
94	Thomas Strahm (LDP)	N	J	J	J	N	J
95	Andreas Zappalà (FDP)	J	J	N	J	N	J
96	Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)	J	J	J	N	J	N
97	Rolf von Aarburg (CVP/EVP)	J	J	N	J	N	N
98	Thomas Grossenbacher (GB)	J	N	N	N	J	N
99	Katja Christ (GLP)	J	J	J	J	N	J
100	Helmut Hersberger (FDP)	A	A	A	A	A	A
J	JA	57	42	57	38	39	40
N	NEIN	21	35	20	40	38	32
E	ENTHALTUNG	2	2	4	0	2	5
A	ABWESEND	19	20	18	21	20	22
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1	1	1	1
	Total	100	100	100	100	100	100

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative

**Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Durchführung einer internationalen Konferenz in der Schweiz zur Flüchtlingspolitik mit Schwerpunkt Ursachenbekämpfung der Fluchtbewegungen in den Herkunftsländern**

15.5438.01
------------

Täglich erreichen uns Bilder von hilfeschuchenden Menschen, die sich auf der Flucht befinden und ihr Leben riskieren, um aus ihrer Heimat in ein Land zu gelangen, in welchem sie in Sicherheit leben und für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.

Die aufnehmenden Länder sind stark gefordert hinsichtlich der Bereitstellung der Infrastruktur und zum Teil leider auch der Akzeptanz der Aufnahmepolitik durch die Bevölkerung.

Die hilfeschuchenden Menschen müssen nach teilweise lebensgefährlichen Reisen oder Transporten, für die sie oft Unsummen an Schlepper bezahlt haben, weitere Verschiebungen in Kauf nehmen und leben nachher in Ungewissheit, ob sie im Zufluchtsland bleiben können oder zurück geschickt werden.

Es ist richtig und zwingend notwendig, dass sich die Schweiz gegenüber Flüchtlingen - der humanitären Tradition verpflichtet - grosszügig zeigt. Zurzeit gilt es in der Schweiz, die Probleme, welche alle westeuropäischen Staaten ähnlich betreffen, auf der Basis unseres Asylgesetzgebung und der internationalen Abkommen anzugehen.

Es kann aber von der Völkergemeinschaft nicht hingenommen werden, dass Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, häufig ihr Leben riskieren, um bei uns und in anderen Ländern Zuflucht zu suchen. Es muss zwingend bei den Ursachen der Flucht in den Herkunftsländern der hilfeschuchenden Menschen angesetzt werden. Es kann nicht ohne Reaktion bleiben, wenn menschenverachtende und korrupte Regimes einzelner Staaten und Diktatoren seit längerer Zeit und leider wohl auch in Zukunft Anlass geben, dass ein Teil ihrer Wohnbevölkerung ihre Heimat verlässt. Unsere Hilfe muss einerseits in der Aufnahme Hilfeschuchender bestehen, sollte aber auch versuchen, bei den Ursachen anzusetzen. Am besten wäre den Menschen geholfen, wenn der Grund für die Flucht nicht mehr gegeben wäre und sie in ihrer Heimat bleiben könnten. Grundlage für ergänzende Massnahmen könnten auch die wertvollen Arbeiten der Schweiz im Rahmen des Programms "Protection in the Region" bilden, welches anstrebt, Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion zu unterstützen.

Mit Aussicht auf Erfolg kann nur die Völkergemeinschaft intervenieren. Leider wird die UNO und deren Sicherheitsrat beispielsweise im Syrien-Krieg durch Grossmachtinteressen blockiert. Es wäre deshalb nützlich, wenn die Schweiz die Initiative ergreifen würde und einlädt zu einer internationalen Konferenz, die zum Ziel hat, die Ursachen der Flucht von Millionen Menschen in den entsprechenden Herkunftsländern zu bekämpfen. Asylpolitik als Teil der Innenpolitik der Zufluchtsländer muss ergänzt werden durch eine Flüchtlingsaussenpolitik. Eine Einladung an die Zufluchtsstaaten würde der Schweiz gut anstehen. Die Schweiz hat gerade aktuell in ihrem OSZE-Präsidentenjahr und bezüglich der Ukraine-Krise gezeigt, dass sie über eine hohe Vermittlungs-Kompetenz verfügt und diese anerkannt und geschätzt wird. Darauf aufbauend könnte die Schweiz eine wichtige Rolle bei solchen Lösungsansätzen übernehmen. Einbezogen werden müssten das "European Asylum Support Office" (EASO), das Konsultationsforum "Inter-governmental Consultations on Migration, Asylum and Refugees" (IGC) und auch die Europäische Migrationsdirektorenkonferenz (General Directors Immigration Service Conference) und auch weitere bestehende Gremien mit Aufgaben in diesem Bereich.

Bei den Eidgenössischen Räten soll eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt eingereicht werden, die verlangt, dass die Schweiz zu einer internationalen Konferenz einlädt, welche zum Ziel hat, die Ursachen der Flüchtlingsströme in den Herkunftsländern zu bekämpfen und nach Möglichkeiten sucht, vermehrt in der Nähe der Herkunftsländer menschenwürdige und sichere Aufenthaltsorte zu schaffen, um lebensgefährliche Fluchtwege zu verhindern.

Patricia von Falkenstein, Christine Wirz-von Planta, Michael Koechlin, Raoul I. Furlano, Thomas Mury, Heiner Vischer, Conradin Cramer

### Motionen

#### 1. Motion betreffend Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei

15.5407.01
------------

Der Regierungsrat hatte am 13. Januar 2015 in einem nicht publizierten Beschluss die seit 1. Januar 2001 bestehende Arbeitsmarktzulage (AMZ) für Mitarbeitende der Kantonspolizei Basel-Stadt gestrichen. Begründet wurde dies mit der erfolgten "Systempflege" des baselstädtischen Lohnsystems.

Tatsächlich trägt die erwähnte Systempflege den anspruchsvollen und vielfältigen Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten Rechnung. Diese Systempflege hatte aber lediglich die Aufgabe, innerhalb der kantonalen Verwaltung das

Lohngefüge an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Kein Element der Systempflege war und ist der Vergleich mit dem "Marktumfeld", also im Vergleich zu den benachbarten Kantonen. Die AMZ wurde aber seinerzeit genau aufgrund dieses Vergleichs eingeführt - weil Mitarbeitende des baselstädtischen Polizeikorps im Vergleich zu den gleichen Funktionen in Nachbarkantonen in vielen Fällen deutlich schlechter entlohnt worden waren und deshalb eine verstärkte Abwanderung von in Basel-Stadt ausgebildeten Polizeikräften vermieden werden sollte.

Der vom Regierungsrat getroffene Entscheid konterkariert die seinerzeitigen Bemühungen und ist deshalb unverständlich. Zu bedenken ist auch, dass die Vollkosten für die Ausbildung einer Polizistin oder eines Polizisten bei rund einer Viertelmillion Franken liegen. Eine durch den Verzicht auf die AMZ eingesparte Million wäre also bereits durch den Wechsel von vier Korpsangehörigen in andere Polizeien "kompensiert". Entsprechende Kündigungen sind denn auch bereits bekannt oder angekündigt. So sollen sich auf eine ausgeschriebene Stelle als Polizist in einer BL-Gemeinde nicht weniger als 60 Angehörige des BS-Korps beworben haben.

Um zu verhindern, dass die sich die Personalstärke der Kantonspolizei Basel-Stadt verringert und damit die Sicherheitsprobleme in Basel noch verschärft werden, fordern die Unterzeichnenden, dass der Regierungsrat schnellstmöglich eine Ergänzung des §15 des Gesetzes betreffend "Einreihung und Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt" vorlegt, welche eine Weiterführung der AMZ für Mitarbeitende der Kantonspolizei rückwirkend auf den 1. Januar 2015 erlaubt. Als Vorschlag soll die folgende Formulierung dienen:

#### §15 Arbeitsmarktzulage

1 Der Regierungsrat kann aufgrund der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zur Gewinnung und Erhaltung von qualifiziertem Personal für einzelne Funktionen sowie für Berufsgruppen oder Teilen davon eine befristete Marktzulage gewähren. Diese darf höchstens 10% des durchschnittlichen Bruttolohnes der zutreffenden Lohnklasse betragen.

2(neu) Eine einmal gewährte Arbeitsmarktzulage wird erst aufgehoben, wenn sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die zu deren Gewährung führten, nachhaltig verändert haben. Seit 1. Januar 2015 gefällte Beschlüsse zur Aufhebung von Arbeitsmarktzulagen sind rückgängig zu machen.

3 (neue Nummerierung) Entsprechende Beschlüsse des Regierungsrates werden der Finanzkommission zur Kenntnis gebracht.

André Auderset

## 2. Motion betreffend Einführung eines öffentlich verfügbaren Gebührenkatalogs

15.5429.01
------------

Gesamtschweizerisch ist der Trend zu beobachten, Staatsaufgaben vermehrt über Gebühren anstatt über Steuern zu finanzieren. Begründet wird dies damit, dass die Kosten einer staatlichen Aufgabe über eine Gebühr als zweckgebundene Abgabe besser dem Verursacher angerechnet werden können. Dadurch sollen Steuerzahler, welche eine Dienstleistung nicht in Anspruch nehmen, entlastet werden. Grundsätzlich ist eine verursachergerechte Finanzierung staatlicher Aufgaben zu begrüssen, sofern im Gegenzug die allgemeine Steuerbelastung gesenkt wird.

In der Realität ist dies aber praktisch nie der Fall. Aufgrund der Komplexität des Gebührensystems erfolgt die Einführung neuer Gebühren oder die Anpassung von Gebührensätzen von der breiten Öffentlichkeit meist unbemerkt. Das Hauptproblem ist, dass keine transparenten Informationen bezüglich der Kostenzusammensetzung von Gebühren vorliegen. Somit gibt es für die Öffentlichkeit keine Möglichkeit, Kosten und Nutzen einer Gebühr kritisch zu überprüfen. Ohne diesen Rechtfertigungsdruck besteht für die öffentliche Hand als Nutzniesserin der Gebühren wenig Anreiz, die Kosten ihrer Dienstleistungen möglichst tief zu halten. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass der Kanton die Einnahmen aus den immer umfangreicheren Gebühren zunehmend als zusätzliche Einnahmequelle ansieht, um seine immer weiter ausufernden Ausgaben zu finanzieren.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb einen Stopp unnötig hoher Gebühren. Das beste Mittel, um unnötige Ausgaben zu senken, bleibt weiterhin Transparenz. Erst wenn die zuständigen Verwaltungseinheiten die Kosten ihrer Dienstleistungen und der damit verbundenen Gebühren auf Basis einer Vollkostenrechnung legitimieren müssen, entsteht ein Anreiz, diese auch zu senken.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, das Gesetz über die Verwaltungsgebühren wie folgt anzupassen:

### III. Gebührenverordnungen

#### § 4. Gebührenrahmen oder Tarife

I. Die Gebührenrahmen oder Tarife werden durch den Regierungsrat oder die obersten Exekutivbehörden nach den Grundsätzen der §§ 2 und 3 auf dem Verordnungsweg festgesetzt.

(Neu) 2. Die durch den Regierungsrat oder die obersten Exekutivbehörden festgelegten Gebührenrahmen oder Tarife werden gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip in Form eines Gebührenkatalogs öffentlich zugänglich gemacht. In diesem Gebührenkatalog muss im Sinne einer Vollkostenrechnung ersichtlich sein, aus welchen Kosteneinheiten sich die Höhe einer Gebühr zusammensetzt.

Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, Stephan Mumenthaler, Andrea Elisabeth Knellwolf, Dieter Werthemann, Andreas Zappalà, Lorenz Nägelin, Patricia von Falkenstein

**3. Motion betreffend Finanzierung der Stromanschlussinfrastruktur auf Allmend**

15.5430.01

Gemäss §5 des Gesetzes über die IWB stellen diese auf der Basis eines Leistungsauftrags Leistungen in den Bereichen öffentliche Beleuchtung, öffentliche Uhren und öffentliche Brunnen sicher und können diese als Zuschlag zur Netzgebühr finanzieren. Nicht auf diesem Weg finanziert werden die Stromanschlüsse im öffentlichen Raum.

Die Infrastruktur für Stromanschlüsse auf Allmend, die von Veranstaltern genutzt werden, wird heute von den IWB selbst zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass sie die Investition macht, den Unterhalt finanziert und die Anlagen in ihrem Budget abschreibt. Diese gesamten Kosten werden heute auf die Anschlussgebühren für eine Veranstaltung geschlagen und müssen vom Veranstalter bezahlt werden. Das hat zur Folge, dass die Anschlussgebühren in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Stromkosten stehen und die Budgets der Veranstaltenden unverhältnismässig belasten.

Im Sinne eines lebendigen und vielfältigen Kulturlebens in Basel ist es im Interesse des Kantons, Veranstaltern von kulturellen, sportlichen oder anderen Anlässen, die auf öffentlichem Grund stattfinden und die eine Bewilligung dafür haben, die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Die Motionäre bitten den Regierungsrat deshalb in einer Leistungsvereinbarung die IWB mit der Erstellung und dem Unterhalt der entsprechenden Infrastruktur zu beauftragen. Die Kosten dafür sollen über den Netzzuschlag für das Gemeinwesen gemäss §5 des IWB-Gesetzes finanziert werden.

Mirjam Ballmer, Oskar Herzig-Jonasch, Ernst Mutschler, Tobit Schäfer, Kerstin Wenk, Christian Egeler, Heidi Mück, Martina Bernasconi, Conradin Cramer, Eveline Rommerskirchen, Michael Wüthrich

**Anzüge****1. Anzug betreffend schlafende Grossräte darf es nicht geben**

15.5409.01

Wir sind ein hohes Haus. Das Kantonsparlament von Basel. In letzter Zeit kam es immer wieder vor, dass Grossräte im Parlamentssaal bei einer Sitzung einschlafen. Meine Beschwerden an das Parlaments-Präsidium gehen unter, werden nicht für voll genommen. Daher jetzt dieser Anzug an das Ratsbüro. Denn schlafende Abgeordnete gehören des Saales verwiesen.

Es wird gebeten, die Sache im GR-Büro zu besprechen. Eine Lösung muss her. Das Ansehen unseres hohen Hauses ist massiv gefährdet durch dauer-schnarchende Abgeordnete. Mein Vater, a. Grossrat Rudolf Weber, wurde u.a. in Basel auch bekannt, da er sich gegen schlafende Richter gewehrt hat. Ich mache es nun gegen schlafende Grossräte. Denn man muss sich schämen für unser Parlament. Was sollen die zahlreichen Zuschauer auf der Tribüne nur denken? Sind wir ein Schlaf-Parlament.

Bitte folgen Sie meinem Anzug und überweisen ans GR-Büro.

Eric Weber

**2. Anzug betreffend Velogegegenverkehr im Claragraben zwischen Riehenstrasse und Claraplatz**

15.5416.01

Der Claragraben wurde im unteren Teil zwischen Claraplatz und Feldbergstrasse erfolgreich für die Velofahrenden im Gegenverkehr geöffnet. Auch der obere Teil zwischen Wettsteinplatz und Riehenstrasse ist für Velofahrende in beide Richtungen befahrbar. Nur der mittlere Teil des Claragrabens zwischen Riehenstrasse und Claraplatz ist noch immer nur in eine Richtung für Velofahrende geöffnet, mit Ausnahme einiger Meter zwischen Dolderweg und Clarahofweg. Es gibt viele Gründe für den Velogegegenverkehr im Claragraben;

- Die Fahrbahnbreite ermöglicht problemlos beidseitig Velostreifen anzubringen ohne den Busverkehr zu behindern.
- Die heutige Doppel-Fahrspur, welche Autos das Überholen ermöglicht, ist für Velofahrende und für Personen, welche den Claragraben überqueren, gefährlich.
- Der Claragraben wechselt 5 x das Verkehrsregime für Velofahrende, was zu Unklarheit und Unsicherheit führt.
- Der Claragraben, inklusive das Überqueren des Claragrabens, gehört für einen grossen Teil der mehreren hundert Schülerinnen und Schüler der Primarschule und der Kindergärten von den Schulhäusern Wettstein, Thomas Platter und Richter Linder zum Schulweg.
- Viele Lehrkräfte und oft auch ganze Klassen müssen innerhalb des Tages zwischen den erwähnten Schulhäusern am Claragraben und dem Theodorschulhaus am Theodorskirchplatz wechseln, da alle Schulhäuser demselben Schulstandort angehören.
- Beidseitige Velostreifen würden den Verkehr beruhigen und zur Sicherheit beim Wechseln von einem zum andern Schulhaus beitragen.
- Die gefährliche Kreuzung Hammerstrasse/Riehenstrasse könnte von Velofahrten entlastet werden.

- Da das Abbiegen in die Hammerstrasse von der Riehenstrasse herkommend nicht erlaubt ist, könnten durch den durchgehenden Velogegegenverkehr im Claragraben Umwege vermieden werden.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, den Claragraben durchgehend zwischen Riehenring und Claraplatz für den Veloverkehr in beide Richtungen zu öffnen und mindestens in Gegenfahrbahn zum Autoverkehr Velostreifen einzuzeichnen.

Anita Lachenmeier-Thüring, Nora Bertschi, Mirjam Ballmer, David Wüest-Rudin, Brigitta Gerber, Pascal Pfister, Stephan Luethi-Brüderlin, Heiner Vischer, Eveline Rommerskirchen, Helen Schai-Zigerlig

### 3. Anzug betreffend verbesserte Integration von Flüchtlingen

15.5419.01
------------

Zurzeit ersucht eine steigende Anzahl von Personen in der Schweiz um Asyl. Kinder, Frauen und Männer haben im Krieg im Mittleren Osten alles verloren. Neben der Aufnahme und Versorgung der Asylsuchenden wird auch die Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in unsere Gesellschaft und in unsere Arbeitswelt dringender.

Die Bereitschaft zur Mithilfe scheint in der Bevölkerung vorhanden zu sein. In einer Online-Umfrage mit 1220 Teilnehmenden zeigten sich 67% der Befragten bereit, Asylbewerbenden beim Deutschlernen zu helfen, 62% könnten sich vorstellen, Flüchtlinge zum Essen einzuladen oder Zeit mit ihnen zu verbringen.

Nach Angaben des Staatssekretariats für Migration arbeiten sieben Jahre nach der Einreise nur 26 Prozent der anerkannten Flüchtlinge und nach 10 Jahren deren 50 Prozent. Dies kann weder die Zugewanderten noch die Steuerzahlenden befriedigen.

Schweizweit werden die Anstrengungen zur Integration von Flüchtlingen verstärkt.

- Im Kanton Bern ist ein gemeinsames Projekt des Kantons, der Caritas und der Wirtschaft am Entstehen.
- In Kanton BL wird zur Zeit eine Art Göttisystem etabliert. Schweizer Familien sollen die Flüchtlinge coachen oder einladen und so zu einer schnelleren Integration beitragen.
- Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) startete Anfang 2014 ein Projekt für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden bei Privaten, die sich freiwillig dafür gemeldet hatten. Ziel ist die einfachere und schnellere Integration. Der Kanton Waadt wurde zum Pilotkanton für die Schweiz.

Der Umgang mit Menschen, die in unserm Land Schutz suchen, ist auch für unsern Kanton eine beständige Herausforderung. Deshalb bitten die Unterzeichnenden die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

Arbeitsintegration: Welche Ziele sie sich setzt zur Integration von Flüchtlingen / vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt und wie er diese erreichen will. Welche weiteren Massnahmen es braucht, um die Arbeitsintegration zu optimieren, so dass die Menschen rascher von der Sozialhilfe weg kommen. Ob er ein Arbeitsintegrationsprojekt entsprechend des Pilotprojektes im Kanton Bern anstossen will.

Einbezug der Bevölkerung: Ob der Regierungsrat bereit ist, eine Art Götti-System (Coach), entsprechend dem Pilotprojekt BL, einzuführen, möglicherweise in Zusammenarbeit mit einem privaten Partner.

Unterbringung: Ob der Kanton BS prüfen kann, ob die Unterbringung von Asylsuchenden bei Privaten ermöglicht wird (nach dem Waadtländer System), sofern diese das wünschen.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wird auch im Landrat eingereicht.

Annemarie Pfeifer, Beatrice Isler, Michel Rusterholtz, Martina Bernasconi, Thomas Müry, Rudolf Rechsteiner, Thomas Grossenbacher, Katja Christ, Felix W. Eymann, Remo Gallacchi, Pascal Pfister, Edibe Gölge

### 4. Anzug betreffend Parktickets peripherer Parkhäuser berechtigen zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Verkehrs

15.5423.01
------------

Die Parkhäuser in Basel sind bekanntlich unterschiedlich gut besetzt. Während die meisten Parkhäuser in unmittelbarer Innenstadtnähe in der Regel sehr gut belegt sind (z.B. Storchen-Parking), trifft dies für Parkhäuser ausserhalb des Innenstadtperrimeters oftmals nicht zu. Um die Attraktivität der peripheren Parkhäuser zu erhöhen, wäre es deshalb wünschenswert, dass ein Parkticket gleichzeitig zur kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel berechtigen würde. Dadurch entstünde eine erhöhte Bereitschaft der Autofahrer, den öffentlichen Verkehr zu benutzen - und damit einhergehend eine Reduktion des Verkehrsaufkommens bzw. des Suchverkehrs im Bereich der Kernstadt.

In seiner Antwort auf den Anzug Eva Huber-Hungerbühler und Consorten betreffend Kombi-Billet (Kombination Parkticket und ÖV-Billet) für das PPS Basel (Permanentes Parkleitsystem Basel) und den Anzug Kathrin Giovannone und Consorten betreffend Verbesserung der Auslastung der bestehenden Parkhäuser vom 7. September 2004 teilt der Regierungsrat diese Ansicht: "Der Regierungsrat betrachtet das jetzige Angebot als unbefriedigend. [...] Eine einheitliche Lösung, bei welcher der ÖV für Kurzstrecken hin und zurück grundsätzlich in der Parkgebühr eingeschlossen ist, sollte prioritär für die peripher gelegenen Parkhäuser angestrebt werden, allenfalls auch für sämtliche Parkhäuser in der Stadt".

Der Regierungsrat beschied einer solchen Massnahme eine deutliche Attraktivitätssteigerung der Basler Innenstadt - namentlich für den Detailhandel, welcher diesbezüglich im Nachteil gegenüber den Einkaufszentren im Umland bzw. im nahen Ausland stünde. Sowohl der Regierungsrat als auch der TNW seien gewillt, entsprechende Kombi-Tickets auszuhandeln. Leider ist seither jedoch nichts in dieser Richtung geschehen. Die Kombi-Angebote der Parkhäuser Messe und Badischer Bahnhof waren bereits 2004 verfügbar.

Aus diesem Grund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat, innert nützlicher Frist zu prüfen und zu berichten, wie sichergestellt werden kann, dass Nutzern von peripher gelegenen Parkhäusern möglichst ohne Aufpreis ein Kombi-Ticket zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Verkehrs, gültig für den Fahrer und einen Beifahrer, angeboten werden kann.

André Auderset

#### 5. Anzug betreffend Ausbildungsbeiträge statt Sozialhilfe für Junge ohne Abschluss

15.5424.01

Die Sozialhilfequote der 18-25 Jährigen liegt in Basel-Stadt mit etwa 10 Prozent über dem Durchschnitt von 7.1 Prozent (Statistisches Amt, Sozialberichterstattung 2014, S. 60). Vielfach kommen diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus armutsbetroffenen und bildungsfernen Familien. Ein grosser Teil verfügt über keine Ausbildung. Damit steigt die Gefahr, dass sie den Einstieg ins Erwerbsleben nicht schaffen und somit längerfristig in der Sozialhilfe verbleiben. Dies ist weder aus menschlicher noch volkswirtschaftlicher Perspektive wünschenswert.

Die SKOS regt auf der Grundlage der guten Erfahrungen im Kanton Waadt in einem Papier von 2012 eine vollständige Harmonisierung der finanziellen Unterstützungsnormen zwischen Sozialhilfe und dem Stipendienwesen an. Der beste Weg aus der Armut und Arbeitslosigkeit ist die Berufsausbildung. Dies betrifft insbesondere die Gruppe der jungen Arbeitslosen. Die Sozialhilfe ist nicht die richtige Instanz, um der Ausbildungslosigkeit der jungen Erwachsenen Abhilfe zu schaffen. Es bestehen zudem negative Anreize, dass ein allfälliger Lehrlingslohn bei der Unterstützung einer Familie in Abzug gebracht wird.

Für eine erfolgreiche Umsetzung von Integrationsschritten in die Berufswelt sind einfache Finanzierungsmodi besonders förderlich. Mit existenzsichernden Ausbildungsbeiträgen erzielte das Case Management ein entscheidendes Element für eine erfolgreiche Integrationsarbeit. Beim Projekt FORJAD des Kantons Waadt liegt die Erfolgsquote bei 65 Prozent. In der Langzeitperspektive macht sich die Investition in Stipendien für Jugendliche in Ausbildung um ein Vielfaches bezahlt. Der Kanton Waadt geht in einer konservativen Schätzung davon aus, dass mit der Verringerung des dauerhaften Sozialhilfebezugs jährlich 10 Millionen Franken gespart werden.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie folgende Anliegen umgesetzt werden können.

- Ausgestaltung der Stipendienordnung wie im Projekt FORJAD, damit Jugendliche und junge Erwachsene die für sie relevanten Ausbildungen und Integrationsmassnahmen (nicht nur tertiäre Ausbildungen) über Ausbildungsbeiträge finanzieren können.
- Anpassung der Stipendienordnung, so dass Jugendliche und junge Erwachsene mit einer Aufenthaltsbewilligung Leistungen zur Arbeitsintegration in Anspruch nehmen können.
- Bemessung der Stipendien, dass sie den Lebenserhalt decken. Es ist darauf zu achten, dass Jugendliche und junge Erwachsene, die Sozialhilfe beziehen, nicht besser gestellt sind als solche ohne Sozialhilfe.
- Schaffung der strukturellen Voraussetzungen, dass sich nur eine Stelle mit der Begleitung und Betreuung der Unterstützten zu befassen hat. Stipendienberatung und persönliche Sozialhilfe sollen vereint werden und das Case-Management mit einem einfachen Finanzierungsmodus versehen werden.

Pascal Pfister, Franziska Reinhard, Salome Hofer, Urs Müller-Walz, Annemarie Pfeifer, Jürg Meyer, Luca Urgese, Alexander Gröflin, Aeneas Wanner, Helen Schai-Zigerlig

#### 6. Anzug betreffend Einmietung des neutralen Quartiervereins St. Johann

15.5425.01

Der neutrale Quartierverein, bestehend seit 1897, engagiert sich für Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität im St. Johann-Quartier. Der Verein organisiert Besichtigungen, Führungen und Ausstellungen. Im Weiteren fördert er den Informationsaustausch bei grösseren Bauprojekten im Quartier. Er fördert den Kontakt unter den Bewohnern und zu kulturellen Institutionen und Behörden, begleitet kritisch alle neuen Aspekte des Quartiers und leistet mit dieser Arbeit ein sehr grosses Engagement. Er ist mit den anderen NQV's über den Stadtvorstand vernetzt. Der neutrale Quartierverein St. Johann ist selbsttragend und bekommt keine Subventionen, was ihn auch ein wenig stolz macht. Der NQV ist seit 2012 im Pavillon des St. Johanns-Parks auf 15m2 einquartiert und bezahlt einen symbolischen Beitrag von CHF 20.- im Monat für Heiz- und Nebenkosten. Der Pavillon wurde seinerzeit vollumfänglich von der Christoph Merian Stiftung (CMS) finanziert und wird nun im Juni 2017 dem Kanton komplett übergeben.

Nun hat der NQV von der CMS Bescheid erhalten, dass er einen befristeten Mietvertrag erhalten soll mit einer höheren Miete. Die Miete soll im Jahr Fr. 1'600 betragen, weitere Fr. 240 sind für die Nebenkosten vorgesehen. Dieser Vertrag soll ab 01.01.2016 beginnen und endet wohl mit der Übergabe des Pavillons im Juni 2017.

Diese Ausgaben sind für den Verein hoch. Er finanziert sich mit Mitgliederbeiträgen und bekommt für einzelne Projekte Unterstützung von Sponsoren, dieses Geld kann aber nicht dazu dienen, eine Miete zu finanzieren, die

mehr als symbolischer Beitrag ist.

Die Anzugsteller bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob es möglich-wäre, dem neutralen Quartierverein St. Johann (NQV) nach der Übernahme des Pavillons durch den Kanton im Juni 2017 diese Räumlichkeit zu einem symbolischen Mietbeitrag zu überlassen, der diesen Verein finanziell nicht überfordert.

Andreas Ungricht, Andrea Elisabeth Knellwolf, Luca Urgese, Beatrice Isler, Daniela Stumpf

**7. Anzug betreffend Einführung von Videoüberwachung in den bekannten Problemzonen der Stadt Basel, wo Bedrohungen gegen Leib und Leben, Raub, Gewalt in hohem Masse stattfinden**

15.5426.01

Letztes Jahr verzeichneten wir 2'394 Gewaltstraftaten in Basel.

Aufgrund des RR Beschlusses vom 22.9.2009 JSD/P110637 wurde ein Kredit für die Installation und Betrieb einer Videoüberwachungsanlage von Fr. 680'000 ins Investitionsprogramm "Übrige" aufgenommen. Der Kredit wurde damals vom GR mit 50 zu 41 Stimmen abgelehnt.

Die Kantonspolizei und Kriminalpolizei führen seit Jahren eine Gebietskarte, wo eine erhöhte Anzahl von Gewaltdelikten stattfinden, festhält. In diesen Zonen ist eine Videoüberwachung unabdingbar, um schwere Straftaten aufzuklären und Gewalttäter, im Wissen um diese Anlage, erst gar nicht handeln. Die Polizeipräsenz könnte sich da verstärkt auf die von Videokameras nicht erfassten, angrenzenden Gebiete konzentrieren.

Datenschutz: Öffentliche Organe des Kantons Basel-Stadt dürfen Videoüberwachungsanlagen einsetzen, wenn diese dem Schutz von Personen und Sachen von strafbaren Handlungen dienen bzw. es zur Verfolgung solcher strafbaren Handlungen geschieht.

Um der Privatsphäre hohe Priorität einzuräumen, wären die Daten der Kameras nur von der Staatsanwaltschaft einzusehen, alle 7 Tage werden die Videobilder automatisch gelöscht.

Aus hunderten von Gewalttaten sollen zwei aus der Vergangenheit die Wichtigkeit einer solchen Anlage belegen.

2 Gewalttäter schlugen einen Mann auf der Traminsel Barfüsserplatz lebensgefährlich zusammen. Nur aufgrund eines privaten Videos des Stadtcasinos konnten die Täter erkannt und zu je 5-jährigen Haftstrafen verurteilt werden. 2 Rumänen schlugen in der Steinenvorstadt eine Frau fast zu Tode. Dank einer privaten Videokamera haben die Fahnder die Täter erkannt. Schuldspruch 2. Instanz am 19.5.15 : 15 Jahre Haft.

Die BVB hat dank der Videoüberwachung in den Trams und Bussen eine starke Verminderung von Straftaten und Belästigungen vorab gegen Frauen feststellen können. Zwischenzeitlich ist die Qualität der Videos massiv verbessert worden. Diese lassen die Aufklärungsquote der Kriminalfälle markant erhöhen.

Die Unterzeichneten ersuchen den Regierungsrat um Bericht, welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die Sicherheit durch den Einsatz von Videoanlagen massiv zu verbessern.

Christian Meidinger, André Auderset, Thomas Müry, Patrick Hafner, Heiner Vischer, Andrea Elisabeth Knellwolf, Roland Vögtli, Felix W. Eymann, Thomas Strahm, Conradin Cramer, Christine Wirz-von Planta, Toni Casagrande, David Jenny, Oskar Herzig-Jonasch, Joël Thüning, Lorenz Nägelin, Bruno Jagher, Patricia von Falkenstein, Alexander Gröflin, Andreas Ungricht, Daniela Stumpf, Christophe Haller, Andreas Zappalà, Eduard Rutschmann

**8. Anzug betreffend Veröffentlichung eines Markierungs- und Signalisationskatasters**

15.5427.01

In Basel herrscht grosse Parkplatznot. Anwohner, Besucher, Pendler und Gewerbetreibende bzw. deren Kunden müssen immer weitere Wege zurücklegen, um einen geeigneten Parkplatz in der Nähe ihres Ziels zu finden. Nebst der aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums steigenden Nachfrage nach Parkflächen tragen auch angebotsseitige Massnahmen des Kantons zu dieser Misere bei. Seit Jahren findet eine stückchenweise, aber systematische Streichung von Parkplätzen auf dem gesamten Stadtgebiet statt. Begründet wird dieses Vorgehen jeweils mit einer absoluten Notwendigkeit, in Folge von Umbauten oder anderen verkehrsbedingten Massnahmen, Parkplätze streichen zu müssen. Ein Ersatz der so aufgehobenen Parkplätze findet dabei in aller Regel nicht statt, wodurch sich die Situation weiter verschärft.

Gemäss dem Wortlaut des Regierungsrates sollen Parkplätze nur dann aufgehoben werden, wenn dies im Sinne einer Gesamtbetrachtung als absolut notwendig erachtet wird. Nun stellt sich die Frage, wie eine sorgfältige Gesamtbetrachtung erfolgen soll, wenn gar nicht bekannt ist, wie viele Parkplätze an welchem Ort überhaupt zur Verfügung stehen. Das Fehlen eines öffentlich zugänglichen Markierungs- und Signalisationskatasters verunmöglicht eine sachliche Diskussion.

Folglich fordern die Unterzeichnenden den Regierungsrat auf, eine vollständige Darstellung sämtlicher auf Allmend liegender Parkfelder in Basel-Stadt in Form eines Markierungs- und Signalisationskatasters zu erarbeiten. Sollte ein solcher Kataster bereits vorliegen, ist dieser unverzüglich zu publizieren und über das Geoportal des Kantons der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Patrick Hafner, Heiner Vischer, Andrea Elisabeth Knellwolf, André Auderset, Dieter Werthemann, Remo Gallacchi



**9. Anzug betreffend mehr Feierabendkonzerte in Basel**

15.5428.01

Seit einigen Monaten findet eine engagierte kulturpolitische Diskussion über geänderte Bass-Richtlinien, das Clubsterben und zu hohe Hürden für Zwischennutzungen statt. Dabei geht ein wenig unter, dass nebst den alternativ-, jugend- und subkulturellen Institutionen und Veranstaltungen auch zahlreiche "konventionelle" Restaurants und Bars unter der hohen Regulierungsdichte im Gastronomiebereich bzw. der übertrieben engen Auslegung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsrichtlinien leiden.

Einige dieser Gastbetriebe würden gerne einmal pro Monat oder vielleicht sogar einmal pro Woche ein kleines Feierabendkonzert veranstalten, welches in Raumlautstärke und ohne grosse Verstärkung durchgeführt wird. Zu denken ist beispielsweise an einen Singersongwriter, der mit seiner Gitarre und einer kleinen Gesangsanlage auftritt. Oder an einen DJ mit Easy-Listening-Musik während der Happy Hour in einer Bar. Oder gelegentliche Auftritte von Ländlerformationen in einem Schweizer Spezialitätenrestaurant. Die Schallintensität solcher Veranstaltungen kann in keiner Weise mit einem Rockkonzert oder der elektronischen Musik in einem Clublokal verglichen werden. Weder Nachbarn noch Publikum und Mitarbeiter sind über einen längeren Zeitraum nennenswerten Immissionen ausgesetzt.

Dennoch findet in der Praxis kaum eine Unterscheidung zwischen Musik- und Tanzlokalen mit Nachtbetrieb und gewöhnlichen Gaststätten mit gelegentlichen Darbietungen statt. Wer ab und zu kleine Konzerte oder ähnliches veranstalten will - und sei es auch nur in den Abendstunden - wird von den Bewilligungsbehörden praktisch gleich behandelt wie Musik- und Nachtlokale. Die Folge ist, dass manche Betreiber von vornherein auf Veranstaltungsreihen verzichten, denn es ist mit grossem Aufwand und folglich hohen Kosten verbunden, die verlangte "Änderung des Betriebscharakters" resp. eine angepasste Betriebsbewilligung zu erhalten. Somit kann die Gastronomieszene in Basel ihr Potenzial nicht voll umfänglich ausnützen, was zum einen der Attraktivität der Stadt schadet und zum anderen zu unnötigen Mindereinnahmen für die Betriebe und deren Lieferanten führt.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, innert nützlicher Frist zu prüfen und zu berichten, wie beispielsweise für Cafe-Bars, Restaurants oder Quartierlokale, die maximal einmal pro Woche eine kleine Musikveranstaltung ohne nennenswerte elektronische Verstärkung durchführen möchten, eine mit reduzierten Auflagen versehene Betriebsbewilligung in unbürokratischer Art und Weise erteilt werden kann.

Martina Bernasconi, Tobit Schäfer, Patrick Hafner, Andrea Elisabeth Knellwolf, Otto Schmid, Christian von Wartburg, Stephan Mumenthaler, Oswald Inglin, Katja Christ, Andreas Zappalà, Daniel Goepfert, Annemarie Pfeifer, Felix W. Eymann, Roland Vögtli, Sibel Arslan, Daniela Stumpf, Mirjam Ballmer

**10. Anzug betreffend Neugestaltung der Strassburgerallee**

15.5431.01

Im Kantonsblatt 44 vom 14. Juni 2015 wurde eine Planaufgabe publiziert, die vorsieht auf dem Abschnitt zwischen Kannenfeldplatz und Burgfelderstrasse die Fahrbahn zu Lasten des Trottoirs zu verbreitern um beidseitig Radstreifen anzuordnen. Das Projekt stammt aus dem Jahre 2011 und wurde nun offenbar wieder aktuell, weil eine Fahrbahnsanierung ansteht. Aus heutiger Sicht kann das Projekt als überholt beurteilt werden, weil eine Verbreiterung im besagten Abschnitt wenig Sinn macht, denn eine konsequente Weiterführung ist nur möglich unter Abholzung der nordwestseitigen Baumallee bis zum Helvetiaplatz. Das Projekt wurde mit dem neutralen Quartierverein, Stadtteilsekretariat und den Veloverbänden nie besprochen. Seit der Inbetriebnahme der Nordtangente hat die Strassburgerallee nicht mehr die Bedeutung für den Autoverkehr wie früher, denn die Fortsetzung via Mülhauserstrasse zur Dreirosenbrücke ist nicht mehr möglich. Dieser Verkehr wickelt sich heute über den Luzerner-/Wasgenring ab.

Die Gestaltung der Strassburgerallee sollte deshalb unter den neuen Randbedingungen beurteilt werden. Im unteren Teil hat es nordwestseitig keine Bäume. Mit dem Mehrwertabgabefonds könnte dieser Abschnitt zu einer echten Allee umgestaltet werden. Verkehrsmässig könnte mit einer Kernfahrbahn oder einer Strassenumklassifizierung Tempo 30 auf dieser stark befahrenen Veloroute die Sicherheit der Velofahrenden verbessert werden.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob das anstehende Projekt überarbeitet werden kann unter:

- Verzicht auf eine Fahrbahnverbreiterung zu Lasten der Fussgänger
- Anordnen von Radstreifen mit einer Kernfahrbahn
- Umklassifizierung der Strassburgerallee zu einer Quartiersammelstrasse, weil sie seit der Nordtangente keine Durchgangsfunktion mehr hat
- Einführen von Tempo 30 auf der ganzen Länge der Strassburgerallee, denn sie ist eine wichtige Veloroute und sie erhält mit dem Veloring eine neue Bedeutung
- Redimensionierung der Vorsortierspuren an der Kreuzung Strassburgerallee/Burgfelderstrasse zugunsten von Radstreifen und auf erweiterten Radstreifen
- Ergänzung der nordwestseitigen Baumallee von der Burgfelderstrasse - Kannenfeldplatz zulasten des Mehrwertabgabefonds.

Jörg Vitelli, Stephan Luethi-Brüderlin, David Wüest-Rudin, Andrea Elisabeth Knellwolf, Rudolf Rechsteiner, Leonhard Burckhardt, Philippe P. Macherel, Thomas Grossenbacher, Aeneas Wanner, Michael Wüthrich, Anita Lachenmeier-Thüring, Brigitte Heilbronner, Daniel Goepfert, Urs Müller-Walz

**11. Anzug betreffend effizientere Nutzung von bisher ungenutztem Parkpotential**

15.5432.01

Parkplätze sind ein rar gewordenes Gut in Basel. Die angebotsseitigen Massnahmen des Kantons zur Minimierung der Anzahl Parkfelder stehen in völligem Gegensatz zur aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums steigenden Nachfrage nach Parkflächen. Tatsache ist, dass sich der Parkierungsdruck vor allem an zentralen Lagen und stark frequentierten Hotspots erheblich verstärkt hat. Der dadurch entstandene Suchverkehr erhöht nicht nur das Verkehrsaufkommen in den Quartieren, sondern führt auch vermehrt zu Klagen der ansässigen Bevölkerung und Unternehmen, wonach es für sie schwieriger geworden ist, geeignete Parkflächen in der Nähe ihres Domizils zu finden.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist nebst dem Verzicht auf weitere Streichungen bestehender Parkfelder nun wichtig, dass der Kanton beginnt, die bestehenden Parkmöglichkeiten effizienter zu nutzen.

Mögliche Optionen hierfür wären:

- Die (kommunikative) Förderung innovativer Parksysteme, womit Personen oder Unternehmen, wenn gewünscht, ihre Parkplätze einfach und unkompliziert mit bereits vorhandenen technischen Lösungen zur Vermietung anbieten können.
- Die Freigabe von Parkplätzen öffentlicher Institutionen und Verwaltungseinheiten ausserhalb der ordentlichen Geschäftszeiten und am Wochenende. Da viele dieser Einrichtungen ausserhalb der Geschäftszeiten ohnehin geschlossen sind bzw. nicht aufgesucht werden, stehen die Parkfelder innerhalb dieser Zeitperiode unnötigerweise leer.
- Das Ermöglichen der Weitervermietung von privaten Dauerparkplätzen in öffentlichen Parkhäusern.
- Die Erhöhung der Kapazitäten von bestehenden öffentlichen Parkhäusern.
- Die Förderung moderner Parktechnologien wie Parkliften, welche den knappen Raum optimal ausnutzen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, innert nützlicher Frist zu prüfen und zu berichten, wie mit den genannten oder weiteren Massnahmen bislang ungenutztes Parkpotential nutzbar gemacht werden kann, um für Anwohner, Besucher, Pendler und Gewerbetreibende in der Stadt eine Entspannung der Parksituation herbeizuführen.

Dieter Werthemann, Christian Egeler, Felix Meier, Patrick Hafner, Christophe Haller, Toni Casagrande, Peter Bochsler, Andrea Elisabeth Knellwolf, Stephan Mumenthaler, Andreas Zappalà, Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, Patricia von Falkenstein, Christine Wirz-von Planta, Luca Urgese, Erich Bucher, Joël Thüring, Thomas Müry, Heiner Vischer

**12. Anzug betreffend Anpassung des Parkleitsystems in Basel**

15.5435.01

Die Parkplatzsituation in Basel ist äusserst angespannt. Die bestehenden Parkmöglichkeiten sind zunehmend ausgelastet, wodurch es zu langen Wartezeiten und mehr Parksuchverkehr kommt. Ein weiteres Phänomen verstärkt dieses Problem: Das vorhandene Parkangebot wird nicht optimal genutzt. Während manche Parkhäuser chronisch überfüllt sind, sind in anderen noch ausreichend freie Parkplätze verfügbar. Um dem entgegenzuwirken, setzt der Kanton seit 2001 auf ein Parkleitsystem. Dieses soll Suchende effizient zu den vorhandenen Parkmöglichkeiten lotsen. Das System ist fehlerbehaftet und entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik, so dass vermehrt zu überfüllten Parkhäusern gelotst wird, obwohl freie Plätze angezeigt worden waren. Dies kostet nicht nur Zeit und Nerven, sondern verursacht Suchverkehr mit all seinen unerwünschten Folgen.

Mit einem neuen, umfassenden Parkleitsystem lässt sich das verhindern. So plant beispielsweise Weil am Rhein ein neues Parkleitsystem, mit dem Autofahrer bereits auf dem Weg in die Stadt erfahren, in welchem Parkhaus noch Plätze frei sind - und wie viele. Ein solches System sollte möglichst umfassend sein, weshalb eine Zusammenarbeit mit den privaten Parkhausbetreibern anzustreben ist. Mit der heutigen Technik wäre es ohne weiteres möglich, die aktuelle Belegung der umliegenden Parkhäuser in Echtzeit anzugeben und den Autofahrer situativ je nach Verkehrslage oder allfälligen Behinderungen auf der Strasse flexibel ins richtige Parkhaus zu lenken. Dies erhöht die Attraktivität der Stadt nachhaltig und entspricht im Übrigen einer zeitgemässen City-Service-Infrastruktur. Eine Ergänzung durch weitere Wegweiser - wenn möglich bereits am Stadtrand - ist hierfür ebenfalls notwendig. Im Weiteren ist eine Zusammenarbeit mit mobilen App-Lösungen (z.B. Barfi.ch) denkbar, welche die aktuelle Situation sowie statistische Erkenntnisse verwendet, um Suchende bereits vor der Abfahrt eine optimalen Route zu einem Parkplatz in der Nähe des Zielorts zu lenken.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, innert nützlicher Frist zu prüfen und zu berichten, wie das veraltete Parkleitsystem mithilfe der neuesten technischen Möglichkeiten auf die Bedürfnisse der heutigen mobilen Gesellschaft angepasst werden kann.

Andrea Elisabeth Knellwolf, Martina Bernasconi, Christian Meidinger, Patrick Hafner, Dieter Werthemann, Stephan Mumenthaler, Thomas Müry, Pasqualine Gallacchi, Remo Gallacchi, Stephan Luethi-Brüderlin, Beatrice Isler

**13. Anzug betreffend Publizierung dauerhafter Markierungs- und Signalisationsänderungen im Kantonsblatt**

15.5436.01

In Basel-Stadt findet seit Jahrzehnten ein kontinuierlicher Parkplatzabbau statt. Nebst den formell publizierten Rückbau- und Umgestaltungsmassnahmen, sind vor allem die zahlreichen Einzelmassnahmen in den Quartieren äusserst stossend. So ist regelmässig von Berichten seitens betroffener Anwohner und Gewerbetreibenden zu lesen, welche vom einen Tag auf den anderen nicht mehr in der Nähe ihrer Wohnung bzw. ihres Geschäfts parkieren können, da ohne Vorankündigung entsprechende Parkfelder aufgehoben oder ummarkiert wurden. So gab es beispielsweise im Mai 2015 einen Entscheid des Amts für Mobilität - auf Ersuchen eines Anwohners - kurzerhand in der Reichensteinerstrasse ein Güterumschlagsfeld zu Gunsten eines zusätzlichen Veloparkfelds aufzuheben. Besonders stossend dabei ist, dass die ansässigen Anwohner und Gewerbebetriebe vom Kanton über solche Vorgänge nicht informiert werden müssen. Das liegt daran, dass es sich hierbei lediglich um einfache Markierungsänderungen handelt, welche nicht im Kantonsblatt publiziert werden und gegen die es somit auch keine Rechtsmittel gibt. Folglich kann der Kanton ungeachtet der Anliegen der Anwohner oder des ansässigen Gewerbes nach eigenem Gutdünken Ummarkierungen vornehmen.

Die Anzugsteller erachten es deshalb als rechtsstaatlich angemessen, dass betroffene Anwohner und Unternehmen ihre anfälligen Einwände gegen entsprechende Ummarkierungen einbringen können, damit diese berücksichtigt werden. Denn es sind schlussendlich die Anwohner sowie die Gewerbetreibenden bzw. deren Kunden, die von dieser Situation betroffen sind: Sie müssen erheblich längere Distanzen zurücklegen, um in der Nähe ihrer Wohnung oder Geschäft ein Parkfeld für ihr Auto zu finden. Dies führt schliesslich nicht nur zu mehr Parksuchverkehr und Emissionen, sondern auch zu grossem Unmut unter den Gewerbetreibenden, Besuchern und Anwohnern, welche sich von der Verwaltung übergangen fühlen.

Um dem entgegenzuwirken, bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob:

- sie auch der Meinung ist, dass eine Ummarkierung und Aufhebung von Einzelparkplätzen ohne Rechtseinsprachemöglichkeit der Anwohnenden zu Unmut führt;
- sie eine Publikation von solchen Ummarkierungen im Kantonsblatt mit entsprechender Rechtsmittelbelehrung unterstützt.

Heiner Vischer, Dieter Werthemann, Patricia von Falkenstein, Joël Thüring, Christophe Haller, Tobit Schäfer, Remo Gallacchi

**14. Anzug betreffend Fachkräftemangel beheben durch Nachholbildung von Zugezogenen**

15.5433.01

Die Erwerbsquote ist bei anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (VA) mit 48,2% resp. 25.5% tiefer als jene der ständigen Wohnbevölkerung (diese liegt zwischen 79% und 88%). Tausende anerkannte Flüchtlinge finden keine Stelle. Die Gründe sind laut Staatssekretariat für Migration (SEM) mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende/ungenügende Ausbildung oder administrative Hürden. *[Quelle: Studie Erwerbsbeteiligung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt, April 2014]*. Sowohl im AuG, wie auch im AsylG ist die Erwerbstätigkeit von anerkannten Flüchtlingen und VA klar geregelt und rechtlich möglich (siehe dazu: Art. 43 AsylG, Art. 75 AsylG, Art. 30 Abs. 1 AuG). Dem Kanton Basel-Stadt werden aktuell 1,9 % aller Asylsuchenden zugewiesen *[Quelle: Bundesamt für Statistik]*. Aktuell leben hier rund 180 Asylsuchende, deren Asylgesuch noch nicht entschieden ist. Weiter wohnen etwa 380 anerkannte Flüchtlinge mit Status B oder F, sowie etwa 470 Personen mit einer vorläufigen Aufnahme in unserem Kanton. Rund 85 Prozent von ihnen beziehen Sozialhilfe, wobei einige bereits arbeiten, aber wegen zu geringem Einkommen von der Sozialhilfe teilunterstützt werden. Alle Übrigen verdienen sich ihren Lebensunterhalt selbst. Um die Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu verringern, die Integration zu fördern und vor allem die Kompetenzen und Fähigkeiten dieser Personen zu nutzen, schlagen die Unterzeichnenden die Lancierung eines Pilotprojektes vor, welches sich an die Arbeitsintegrationsmassnahme „Myway“ anlehnt. Die Idee dahinter ist, die Fähigkeiten und Kompetenzen des besagten Personenkreises zu fördern bzw. den Betroffenen auch einen in der Schweiz anerkannten Abschluss zu ermöglichen. Die Verbesserung der Diplomanerkennung läuft auf nationaler Ebene auf Hochtouren, in Deutschland gibt es gar eine Datenbank, die Ausbildungen der verschiedenen Länder miteinander vergleicht, damit auch die Wirtschaft die erworbenen Kompetenzen einer Ausbildung einschätzen kann. *(Postulat 15.3632 Anita Fetz: Fachkräftemangel. Nationale Datenbank für Unternehmen zur Interpretation und Vergleichbarkeit ausländischer Diplome)*. Mit einem angepassten Myway-Projekt soll die Sprache fachspezifisch und "on the job" gelernt und der Einstieg ins Erwerbsleben erleichtert werden. Das Projekt soll besonders auf traumatisierte Personen Rücksicht nehmen. Die genannten Projektteilnehmenden sollen ein einjähriges Praktikum in der Privatwirtschaft absolvieren. Dies in einem Bereich, in dem sie bereits eine Ausbildung aus dem Heimatland mitbringen, aber deren Abschluss in der Schweiz nicht anerkannt wird, nicht der Qualität der Schweiz entspricht oder wenn die Sprachkenntnisse noch ungenügend sind. Während dieses Praktikums sollen die Teilnehmenden in einer Klasse schulisch unterstützt werden (Bewerbungscoach, intensive Deutschkurse, etc.). Ziel des Projektes ist, dass Teilnehmende eine (Attest-)Lehrstelle/ oder eine Anstellung im Praktikumsbetrieb bzw. einem anderen Betrieb erhalten. Ein solches Praktikum ist eine Chance sowohl für die Teilnehmenden als auch für die Arbeitgeber, die von den bereits vorhandenen Fähigkeiten profitieren und neue Fachkräfte ausbilden können. Weitere Details wie die Unterrichtsmodalitäten neben dem Praktikum, Finanzierung und Teilnahmebedingungen sind auszuarbeiten. Im

Wissen darum, dass rund 95 Prozent aller vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge dauerhaft in der Schweiz bleiben, bitten die Anzugstellenden die Regierung zu prüfen und berichten,

- wie ein Pilotprojekt Nachholbildung von Zugezogenen umgesetzt und
- administrative Hürden abgebaut werden können.

Sarah Wyss, Pascal Pfister, Alexander Gröflin, Christian Egeler, Stephan Mumenthaler, Michel Rusterholtz, Annemarie Pfeifer

**15. Anzug betreffend Konzentration des Einsatzes von Zivildienstleistenden auf Betreuung und Pflege von betagten oder pflegebedürftigen Menschen**

15.5439.01
------------

Als Alternative zum Militärdienst kann ein ziviler Ersatzdienst geleistet werden. Die Einzelheiten sind im Zivildienstgesetz (ZDG) geregelt. Der Zivildienst kann in vielen Bereichen erfolgen. Er kommt gemäss Art. 2 ZDG "dort zum Einsatz, wo Ressourcen für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft fehlen oder nicht ausreichen". Die Arbeitsleistung muss im öffentlichen Interesse liegen. Alle diese Voraussetzungen des Zivildienstgesetzes erfüllen die Pflege, Betreuung und Assistenz von Betagten und Pflegebedürftigen sowie von Menschen mit einer Behinderung.

Der Aufenthalt in einem Pflegeheim kostet viel. Der Personalaufwand für Pflegeinstitutionen wie auch für die Assistenz von älteren Menschen und von Menschen mit einer Behinderung ist hoch. Es ist zunehmend schwierig, genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, um eine gute und würdige Betreuung und Pflege im Alter sicher zu stellen. Dazu kommt, dass der Arbeitsmarkt infolge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative weiter austrocknen dürfte.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, wenn der Kanton Basel-Stadt den Einsatz von Zivildienstleistenden auf die Pflege, Assistenz und Betreuung von älteren Menschen und von Menschen mit einer Behinderung konzentrieren würde. Dies ist mit dem Gesetz vereinbar und führt nicht zu einer Konkurrenzierung des ersten Arbeitsmarkts. Kosten könnten gesenkt werden und eine grössere Zahl von motivierten jungen Menschen stünde für diese Mangelbereiche zur Verfügung.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat deshalb zu prüfen und zu berichten,

- ob Zivildienstleistende im Kanton Basel-Stadt künftig prioritär im Bereich Pflege, Betreuung und Assistenz von betagten Menschen sowie von Menschen mit einer Behinderung eingesetzt werden können;
- wie sich der Einsatz einer grösseren Zahl von Zivildienstleistenden für die Trägerschaften von Pflege- und Betreuungsinstitutionen und den Kanton kostensenkend auswirken würde;
- welche Massnahmen erforderlich wären, um diese Zielsetzung zu erreichen;
- wie die Zusammenarbeit mit staatlichen und privaten Institutionen geregelt werden müsste, um dieses Ziel zu erreichen.

Conradin Cramer, Patricia von Falkenstein, Heiner Vischer, André Auderset, Christine Wirz-von Planta, Michael Koechlin, Raoul I. Furlano

**16. Anzug betreffend Förderung und Unterstützung des Einsatzes von Freiwilligen im Bereich der Assistenz, Betreuung und Pflege von betagten, pflegebedürftigen Menschen und von Menschen mit einer Behinderung**

15.5440.01
------------

Der Anteil von älteren und betagten Menschen nimmt im Kanton Basel-Stadt zu. Es ist erfreulich, dass heute mehr Einwohnerinnen und Einwohner ein höheres Alter erreichen können als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Zielsetzung ist richtig, dass alle möglichst lange ein selbständiges Leben führen können. Dazu braucht es aber nicht selten Unterstützung durch Dritte. Für viele Menschen mit Hilfsbedarf sind dies Familienangehörige oder auch Nachbarinnen und Nachbarn. Auch die diversen spitalexternen Organisationen leisten wertvolle Hilfe.

In Zukunft wird aber, bedingt durch die demographische Entwicklung, die Nachfrage nach solchen Unterstützungsleistungen grösser werden. Es ist erfreulich, dass die durchschnittliche Lebenserwartung unserer Bevölkerung steigt, dadurch gibt es aber auch immer mehr betagte und unterstützungsbedürftige Menschen in unserem Kanton.

Ein Mittel, die notwendigen Unterstützungsleistungen zu erhalten, ist der Einsatz von freiwilligen auf ehrenamtlicher Basis. Nützliche Angebote gib es bereits. Die Quantität reicht aber nicht aus, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Deshalb wäre es sinnvoll und erstrebenswert, mehr Frauen und Männer, insbesondere auch Jüngere, motivieren zu können, ehrenamtlich für ältere, pflegebedürftige Menschen und für Menschen mit einer Behinderung tätig zu sein.

Voraussetzung für jedes Angebot ist eine möglichst präzise Definition des Bedarfs der zu Unterstützenden. Diese sind auch einzubeziehen bei der Festlegung der möglichen Angebote.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- Ob der Einsatz von Freiwilligen, die ehrenamtlich für Betagte, Pflegebedürftige sowie für Menschen mit einer Behinderung tätig sind, gefördert werden kann, zum Beispiel durch Informations-Kampagnen,

Einführungskurse, Zusammenarbeit mit Organisationen, welche diese Arbeit bereits leisten oder zusätzlich leisten könnten etc.;

- Ob und wie die Bedürfnisse und Ansprüche seitens der potentiellen Empfänger solcher Dienstleistungen möglichst präzise definiert werden können;
- Welche weiteren Massnahmen dazu führen könnten, dass noch mehr Menschen für diese ehrenamtliche Arbeit gewonnen werden können um so mitzuhelfen, dass viele ältere Menschen sowie Menschen mit einer Behinderung möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können.

André Auderset, Christine Wirz-von Planta, Thomas Mury, Heiner Vischer, Conradin Cramer, Michael Koechlin, Raoul I. Furlano

#### 17. Anzug betreffend Konzept zur Förderung der Mobilität älterer Menschen

15.5441.01
------------

Es ist das erklärte Ziel des Regierungsrats, die Mobilität älterer Menschen zu fördern. So steht es auch in der Broschüre Basel 55+.

Trotz solcher und anderer Absichtsbekundungen ist es für ältere Leute in unserem Kanton nicht immer und überall einfach, sich selbständig und sicher zu bewegen. Ein paar Beispiele: Oft erhalten ältere Leute im Tram oder Bus keinen Sitzplatz, das Überqueren von Tramspuren ist - nicht nur am Marktplatz - nicht ungefährlich, das Verkehrsverhalten von Auto- und Velofahrern nimmt oft nicht genügend Rücksicht auf ältere Fussgängerinnen und Fussgänger, Fussgänger-Unterführungen wirken auf ältere Menschen verunsichernd, an Tramhaltestellen und im öffentlichen Raum gibt es zu wenige Sitzgelegenheiten und auch das Angebot an öffentlichen Toiletten ist nicht ausreichend.

Alle diese Gegebenheiten bedeuten für ältere Leute Erschwernisse, für die einen mehr, für die anderen weniger. Es gibt kein einheitliches Bedürfnis und keinen einheitlichen Anspruch älterer Menschen bezüglich einer möglichst wenig eingeschränkten Mobilität.

Dennoch können wichtige Ziele benannt werden: Für eine Verbesserung der Situation braucht es einerseits geeignete Infrastrukturen und andererseits eine Änderung des Verhaltens. Es wäre sinnvoll und nützlich, geeignete Massnahmen in beiden Bereichen in einem Mobilitätskonzept für ältere Menschen zu definieren. Dazu gehören konkrete Angebote wie Sitzbänke, Toiletten, sichere Strassenübergänge und mehr, wie auch Verhaltensregeln, z.B. Sitzplatz anbieten in Tram und Bus, ein rücksichtsvolles Benehmen von Auto- und Velofahrern, die Stärkung des Sicherheitsempfindens, das Anbieten von Hilfe etc.

Die möglichst hohe Selbständigkeit bis ins hohe Alter entlastet die Gesellschaft, sie bedingt aber das Beibehalten der Mobilität. Um diese sicher zu stellen, braucht es ein Konzept zur Förderung der Mobilität älterer Menschen.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, welche Massnahmen in einem Konzept zur Förderung der Mobilität älterer Menschen enthalten sein müssten, um die Situation für diese Bevölkerungsgruppe verbessern zu können.

Heiner Vischer, Patricia von Falkenstein, Christine Wirz-von Planta, Michael Koechlin, Thomas Mury, Raoul I. Furlano, André Auderset, Conradin Cramer

#### 18. Anzug betreffend Erhöhung der Chancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt

15.5442.01
------------

Es ist leider eine Tatsache, dass ältere Personen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Wer im Alter von ca. 50 Jahren die Stelle verliert, hat deutlich geringere Chancen als Jüngere, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wenige Jahre vor der Pensionierung ist es für die meisten überhaupt nicht mehr möglich, eine Stelle zu finden. Die Politik kann nicht zur Finanzierung der Vorsorgewerke ein höheres Rentenalter fordern und gleichzeitig zulassen, dass eine Stellenbewerbung für 55-Jährige praktisch aussichtslos ist. Auch wenn es gewisse gesetzliche Schwierigkeiten für die Anstellung älterer Personen gibt, muss diese unhaltbare Situation geändert werden. Es darf in unserem Kanton nicht sein, dass gut qualifizierte und leistungsbereite Arbeitskräfte von der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe abhängig werden und dadurch die Sozialkosten stetig ansteigen.

Die Kantonale Verwaltung als Arbeitgeber und die private Wirtschaft sind gleichermaßen gefordert. Wenn sich die Situation für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter verschärft, drohen gesetzliche Regelungen auf Bundesebene. Dies gilt es zu vermeiden, weil ein relativ liberaler Arbeitsmarkt bester Garant für Ansiedlung und Wachstum von Firmen in unserem Land ist. Gefragt ist Eigenverantwortung der Unternehmen und der öffentlichen Arbeitgeber.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten,

- Welche speziellen Massnahmen für den Bereich der Kantonalen Verwaltung getroffen werden können, um die Benachteiligung älterer Personen beim Finden einer Stelle zu verringern;
- Ob und wie dieses wichtige Thema im Dialog mit der privaten Wirtschaft aufgenommen werden kann mit dem Ziel, dass auch im privaten Sektor auf freiwilliger Basis oder mit staatlichen Anreizen gefördert, ältere Personen bessere Chancen bekommen, eine Anstellung zu finden:

- Ob als Reaktion auf die Masseneinwanderungs-Initiative z.B. eine Job-Börse für die Vermittlung erfahrener, älterer Berufsleute im Verbund mit der Wirtschaft, ihren Verbänden oder vom Kanton allein eingerichtet werden kann;
- Wie mit weiteren Massnahmen die Situation älterer Personen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden kann.  
Patricia von Falkenstein, Conradin Cramer, Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, Michael Koechlin, Thomas Müry, Raoul I. Furlano

**19. Anzug betreffend Vergünstigung der Parkgebühren in öffentlichen Parkhäusern in den ersten zwei bis drei Stunden**

15.5447.01
------------

Für den Kanton Basel-Stadt hat das einheimische Gewerbe seit jeher eine grosse Bedeutung. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den rund 135'000 Beschäftigten in Basler KMU. Diese KMU sind darauf angewiesen, dass sie für ihre Kundschaft möglichst einfach und schnell zu erreichen sind. Hierbei spielt nebst der Nähe zu Haltestellen des öffentlichen Verkehrs auch die Erreichbarkeit per Auto eine wichtige Rolle. Da in Basel laufend Parkplätze auf Allmend ersatzlos gestrichen werden, spielen die öffentlich zugänglichen Parkhäuser eine immer grössere Rolle. Leider sind diese aufgrund ihrer Preisgestaltung für viele Kunden wenig attraktiv, wenn die Parkhäuser lediglich für einen kurzen Einkauf, Restaurantbesuch oder Amtsgang in Anspruch genommen werden sollen. Dies führt dazu, dass Geschäfte, die über keine Parkplätze in unmittelbarer Nähe verfügen, konstant an Kundschaft verlieren und dadurch um ihr Überleben kämpfen müssen. Besonders deutlich zeigt sich dieses Problem im Bereich der Innenstadt.

Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank am 15. Januar 2015 erhöhte sich der Druck auf das Gewerbe nochmals zusätzlich. Praktisch über Nacht verteuerten sich die Preise in der Schweiz im Vergleich zu Deutschland und Frankreich um beinahe 20%. Dies führte dazu, dass sich noch mehr Kunden dazu entscheiden, im gut erreichbaren und günstigeren Ausland einzukaufen. Nun ist es natürlich so, dass der Kanton keinen Einfluss auf die Wechselkurspolitik der Nationalbank nehmen kann. Dafür kann er die Erreichbarkeit der hiesigen Geschäfte verbessern. Eine Möglichkeit hierfür ist die Vergünstigung der Parkgebühren in den öffentlichen Parkhäusern während den ersten zwei bis drei Stunden, wodurch sich die Erreichbarkeit für den Kunden wieder verbessert. Dies würde Basel für Kunden wieder attraktiver machen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat innert nützlicher Frist zu prüfen und zu berichten, mit welchen Modellen die Parkgebühren in öffentlichen Parkhäusern während den ersten drei Stunden zu einem vergünstigten Tarif angeboten werden können.

Stephan Mumenthaler, Patricia von Falkenstein, Dieter Werthemann, Andrea Elisabeth Knellwolf, Tobit Schäfer, Katja Christ, Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, Joël Thüring, Andreas Zappalà, Thomas Strahm, Michel Rusterholtz, Erich Bucher, Ernst Mutschler, Conradin Cramer, Luca Urgese, Martina Bernasconi

## Interpellationen

**1. Interpellation Nr. 66 betreffend Folgen der zunehmenden Zahl von Asylsuchenden**

15.5319.01
------------

Die sog. Flüchtlingswelle hat nun auch die Schweiz erreicht. Bei den Menschen, welche in unserem Land Asyl suchen, haben junge Männer aus Eritrea den mit Abstand grössten Anteil.

Im Zusammenhang mit den Entwicklungen im Asylwesen bin ich dem Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen dankbar:

1. Wie stellt sich die aktuelle Entwicklung im Asylwesen in unserem Kanton dar?
2. Von welcher Entwicklung geht der Regierungsrat aus?
3. Welche Auswirkungen haben nach Einschätzung der Regierung die Zunahme der Asylgesuche und die Tatsache, dass es sich dabei zu einem grossen Teil um junge Männer aus Eritrea handelt kurz-, mittel- und langfristig für unseren Kanton?
4. Mit welchen Massnahmen sollen genügend Unterkünfte bereitgestellt und die Sicherheit für die Asylsuchenden, aber auch für die Basler Bevölkerung sichergestellt werden?
5. Welche Quartiere werden in welchem Ausmass betroffen sein?
6. Wie werden Quartierorganisationen (z.B. Quartiervereine) und insgesamt die Quartierbevölkerung bei der Entscheidungsfindung und der Umsetzung begrüsst werden?
7. Soll die Bevölkerung zur aktiven Mithilfe (z.B. Kleiderspenden, Freiwilligenarbeit, Aufnahme von Asylsuchenden) aufgerufen werden?
8. Wie sieht die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen/Gemeinden aus?

Andrea Knellwolf

**2. Interpellation Nr. 81 betreffend Benachteiligung von Grossrat Eric Weber im Kanton Basel-Stadt**

15.5420.01

Die Wahrheit. Es gibt Grossräte die toll behandelt werden. Dann gibt es wieder Grossräte, die sehr schlecht behandelt werden. Ich werde als Wahlsieger total schlecht behandelt.

Kantonsmitarbeiter können mit mir umspringen, wie sie wollen. Sie werden sogar noch von ihren Chefs dafür gelobt. Egal was diese Mitarbeiter machen, sie haben immer Recht. Auch wenn mir als Mensch Unrecht angetan wird. Daher wurde ich Grossrat. Weil ich weiss, im Kanton Basel-Stadt geht es nicht mit rechten Dingen zu.

Beschwert man sich bei der Ombudsfrau, bekommt man keine Schriftlichkeit. Man hat nichts in den Händen.

1. Warum darf Grossrat und Kantonsangestellter Eric Weber keine Anzeige in der Zeitschrift vom Kanton schalten?
2. Dürfen ehemalige Kantonsangestellte auch weiterhin eine Kleinanzeige in der Zeitschrift vom Kanton schalten? Bei dieser Propaganda-Zeitschrift handelt es sich um "BS intern".
3. Warum wird die Beschwerde von Eric Weber von Vize-Staatsschreiber und Regierungssprecher Marco Greiner abgewimmelt?
4. Wie sind bitte konkret die Regelungen: Wer darf eine Anzeige schalten und wer nicht?  
Eric Weber

**3. Interpellation Nr. 82 betreffend unbewilligte Demonstrationen gegen die Militärübung CONEX15**

15.5437.01

Jeder Verein führt freiwillig für die Tauglichkeit und Erfolge ihrer Ziele intensive Trainings durch, sei es im Sport, für die Gesundheit, des Gemeinwesens, oder anderer ideologischen Ideen. Unsere Armee hingegen hat vom Volk den Auftrag, die Landesverteidigung zu sichern. Dies benötigt zwangsläufig auch entsprechende Trainingseinheiten.

Vom größten Teil der Bevölkerung wird diese Aufgabe befürwortet, die dazu benötigten Übungseinheiten akzeptiert und von der (fast) ganzen Bevölkerung bezahlt - inklusive der Kollateralschäden aus Demos der Gegner.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Überlegungen der gesamten Regierung führen dazu, nicht bewilligte Demonstrationen trotzdem zu dulden?
2. Wie kann es passieren, dass bei einer unbewilligten - oder auch bewilligten - Demonstration die Kundgebenden Sachschäden an privatem und öffentlichem Eigentum vollziehen können, ohne dass die Polizei dies verhindern darf?
3. Weswegen bevorzugt die Regierung immer noch ein sanftes Vorgehen gegenüber Chaoten, statt die Staatsaufgabe wahr zu nehmen, der Schutz von Bürger und dessen Eigentum, öffentlichen Einrichtungen und Personen durch die Polizei zu garantieren?
4. Wie würde die Regierung auf das Sinnen von Steuerzahlern reagieren, wenn sich diese zukünftig ihr Eigentum durch private Sicherheitskräfte schützen lassen würden?
5. Wie würde die Regierung darauf reagieren, wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen Chaoten und zivilen Ordnungskräften kommen würde?

Toni Casagrande

**4. Interpellation Nr. 83 betreffend ist Basel bereit für Flüchtlinge?**

15.5445.01

Die anhaltend grosse Anzahl von Flüchtlingen, die nach Europa kommt, und die aktuelle Weltlage sind markante Anzeichen dafür, dass bald auch in der Schweiz mit mehr Flüchtlingen zu rechnen ist. Umso wichtiger ist es, dass sich der Kanton Basel-Stadt auf die Neuankömmlinge vorbereitet.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mehr Flüchtlinge bedeutet, dass mehr Unterkünfte benötigt werden. Bedenkt die Regierung bei der Unterbringung verschiedene Quartiere zu berücksichtigen, um zu vermeiden, dass es zu «Ghetto» ähnlichen Verhältnissen kommt und eine bessere Durchmischung mit der einheimischen Bevölkerung gewährleistet ist?
2. Hat die Regierung schon einmal darüber nachgedacht an Schulen und für die Öffentlichkeit ein Projekt zur Aufklärung der Basler Bevölkerung über die Herkunftsländer der Flüchtlinge, zu ihrer Kultur, Religion usw. zu lancieren?
3. Wie können bereits vorhandene Projekte beschleunigt werden, wie z.B. die Einbindung und Schaffung von Angeboten der Basler Sportclubs, dem Unisport, gerade um den vielen jungen Männern, die erwartet werden, eine sportliche Freizeitbeschäftigung anzubieten?
4. Verfügt der Kanton resp. das Migrationsamt über genügend qualifizierte DolmetscherInnen, oder wie möchten sie genügend DolmetscherInnen zur Verfügung stellen, falls es nötig wird?

5. Was denkt die Regierung über die rasche Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle aller staatlichen, gemeinnützigen, kirchlichen und freiwilligen Angebote in Basel für Flüchtlinge?
6. Ist es möglich, zusätzliche Abklärungen zur Schaffung von neuen Wohnprojekten, z.B. die Unterbringung junger Männer in bestehenden WG's (Wohngemeinschaften), durchzuführen?
7. Die Quartieranlässe sind ein gutes Beispiel für die Willkommenskultur in Basel. Können solche Anlässe mit kantonaler Unterstützung in absehbarer Zeit auch für anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge eingeführt werden?
8. Kommt dafür eine Kooperation mit den vorhandenen Quartierorganisationen in Frage?
9. Flüchtlinge brauchen Perspektiven, vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene: Kann die schulische Begleitung mit zusätzlichen Deutschkursen ergänzt werden? Was für kurzfristige Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitschancen, z.B. um eine Berufslehre abzuschliessen, können in Betracht gezogen werden?
10. Ist die Regierung in diesem Zusammenhang in Kontakt mit dem Gewerbeverband?

Mustafa Atici

**5. Interpellation Nr. 84 betreffend systematische Aushöhlung der regionalen Lastenteilung durch den Kanton Basel-Landschaft**

15.5446.01
------------

Regierungs- und Landratsmehrheit von Basel-Landschaft verfolgen nach wiederholten Steuersenkungen eine Politik des systematischen Schwarzfahrens auf Kosten von Basel-Stadt. Davon zeugen die angekündigte Kündigung der Kulturvertragspauschale und des Universitätsvertrags. Den Befürwortern dieses destruktiven Geschäftsmodells dürfte möglicherweise nicht ausreichend bekannt sein, dass der Kanton Basel-Landschaft gemäss Ressourcenindex 360 Mio. CHF Mehreinnahmen hätte, wenn er dieselben Steuern erheben würde wie Basel-Stadt. Eine Steuererhöhung in Basel-Stadt, um die Minusleistungen des Nachbarkantons auszugleichen, kommt deshalb nicht in Frage. Eine einseitige Finanzierung der Einnahmefälle durch Basel-Stadt ist weder möglich noch wünschbar; vielmehr geht es darum, die groben Verstösse gegen das Verursacherprinzip an der Universität und bei den regionalen Kultureinrichtungen auf anderen Wegen zu korrigieren.

Gemäss Artikel 48a der Bundesverfassung kann der Bund auf Antrag interessierter Kantone in folgenden Aufgabenbereichen interkantonale Verträge allgemein verbindlich erklären oder Kantone zur Beteiligung an interkantonalen Verträgen verpflichten:

- a. Straf- und Massnahmenvollzug;
- b. Schulwesen hinsichtlich der in Artikel 62 Absatz 4 genannten Bereiche;
- c. kantonale Hochschulen;
- d. Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung;
- e. Abfallbewirtschaftung;
- f. Abwasserreinigung;
- g. Agglomerationsverkehr;
- h. Spitzenmedizin und Spezialkliniken;
- i. Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden.

Gemäss Artikel 11 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich wird ein gerechter Ausgleich kantonsübergreifender Leistungen bei angemessener Mitsprache und Mitwirkung der betroffenen Kantone angestrebt. Dabei sind gemäss Art. 12 für den Ausgleich kantonsübergreifender Leistungen insbesondere die effektive Beanspruchung dieser Leistungen, der Umfang der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte sowie damit verbundene erhebliche Standortvorteile und -nachteile zu berücksichtigen.

Basel-Stadt hat bei vielen Institutionen darauf geachtet, Vertreterinnen und Vertreter aus dem Baselbiet bei der Leitung oder Aufsicht der gemeinsam getragenen Institutionen zu berücksichtigen. Basel-Stadt leistet bei den 16 Institutionen der Kulturvertragspauschale einen Beitrag von 52 Mio. CHF (zuzüglich Projektbeiträge), während Basel-Landschaft fünfmal weniger beisteuert, obschon manche dieser Institutionen mehr Besucher aus dem Baselbiet aufweisen als aus Basel-Stadt. Das Bundesgesetz kennt auch eine Beteiligungspflicht für Kantone, die andere Kantone in den genannten Bereichen ausbeuten.

Bezugnehmend auf die Kulturvertragspauschale frage ich den Regierungsrat:

1. Wie hoch schätzt der Regierungsrat den Besucheranteil aus Basel-Landschaft in den Kulturinstitutionen von Basel-Stadt? Gibt es neuere Zahlen von solchen Institutionen?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeiten, den Kanton Basel-Landschaft für sein eigennütziges Verhalten zulasten des Kantons Basel-Stadt über den Finanz- und Lastenausgleich zur Beteiligung an die von ihm mitkonsumierten Leistungen in angemessener Weise zu verpflichten?
3. Welche Schritte wären nötig beim Streben nach einem solchen Bundesbeschluss und wie wäre der Zeitrahmen?



4. Welche Grössenordnung an Leistungen könnte der Bund in Basel-Landschaft erwirken, wenn man die bestehenden interkantonalen Abkommen anderer Kantone zu Rate zieht, etwa die Leistungen Appenzells zugunsten des Stadttheaters St. Gallen (und weiterer ähnlicher Verträge)?
5. Sind Beispiele anderer Kantone bekannt, wo unter dem Druck des Bundesgesetzes eine Lastenteilung überregionaler Leistungen erreicht wurde?
6. Was gedenkt der Regierungsrat gegen den Raubzug des Baselbiets auf Basler Steuergelder konkret zu unternehmen?

Martin Lüchinger

**6. Interpellation Nr. 85 betreffend Überstunden und Krankheitsausfälle bei der Polizei**

15.5449.01
------------

Die vielen bewilligten und unbewilligten Demonstrationen, die Risiko-Fussballspiele im St. Jakob-Park und die weiterhin auf hohem Niveau verharrende Kriminalität belastet das baselstädtische Polizeikorps enorm. Diese Einsätze sind auch die hauptsächlichen Gründe, dass die Polizistinnen und die Polizisten immer wieder Überstunden leisten müssen.

Es ist auch bekannt, dass Polizisten, wenn sie extremen Belastungen ausgesetzt sind, mehr Ruhezeiten benötigen um wieder Kraft zu tanken. Diese grosse Belastung kann auch zu mehr kurz- und auch langfristigen Krankheitsabwesenheiten führen.

Ich ersuche den Regierungsrat mir die unten aufgeführten Fragen zu beantworten.

1. Wie viele Überstunden hat die Basler Polizei dieses Jahr schon geleistet?
2. Wie viele Überstunden wurden dieses Jahr schon ausbezahlt?
3. Wie viele Polizistinnen und Polizisten haben mehr als 100 Überstunden auf Ihrem Überstundenkonto?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation der Überzeit beim Polizeikorps?
5. Wie planen Sie den Abbau der Überstunden, ohne dass dieser ein Sicherheitsdefizit in unserem Kanton hervorruft?
6. Gibt es im Vergleich zu den anderen Staatsstellen mehr krankheitsbedingte Abwesenheiten beim Polizeikorps als bei den anderen? Wenn ja, wie viel ist die Differenz in Stunden und wie viel in Prozent zu den anderen Staatsstellen?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die krankheitsbedingten Ausfälle beim Polizeikorps gesamthaft?

Eduard Rutschmann

**7. Interpellation Nr. 86 betreffend Bäume in der Stadt Basel, Baumscheiben und Stadtbild**

15.5451.01
------------

Baumscheiben oder Baumflächen, also die Fläche, in welche Bäume gepflanzt werden, sind wichtig für die Bäume und für das Stadtbild.

Offenbar zunehmend besteht die Oberfläche von Baumscheiben statt aus Erde aus einem grauen, harten Belag. Bei diesem Belag handle es sich zwar nicht um Beton, aber hinsichtlich des Stadtbilds wirkt er wie Beton. Angeblich handelt es sich um Brechsand, verklebt mit einem pflanzlichen Bindemittel. Das Material sei luft- und wasserdurchlässig sowie auch wurzelfähig.

Jüngstes Beispiel sind die Bäume entlang der Elisabethenstrasse.

Ich frage in diesem Zusammenhang den Regierungsrat:

1. Um welchen Belag handelt es sich bei den Baumscheiben entlang der Elisabethenstrasse?
2. Welche Bedeutung haben Bäume für die Stadt Basel als Ganzes im allgemeinen:
  - a. ökologisch?
  - b. Klimatisch (mikroklimatisch)?
  - c. Ästhetisch, für das Stadtbild?
3. Was ist bei der Frage der Platzierung von Bäumen im Stadtraum grundsätzlich zu beachten hinsichtlich
  - a. Artgerechtem Standort?
  - b. Nutzen, aber auch Risiken wie Sturmschäden?
  - c. Artgerechter Pflege?
  - d. Stress für Bäume, Anfälligkeit für Krankheiten und Schädlinge?
  - e. Auswirkungen auf die Frage der Baumscheiben?
4. Gibt es besondere Erkenntnisse oder Herausforderungen für Bäume
  - a. Entlang von Strassen?

- b. Hinsichtlich Belastung durch Schadstoffe?
- c. In alten Parks und Anlagen?
- d. In neuangelegten Parks und Anlagen?
- e. An bestimmten Orten wie z.B. entlang der Elisabethenstrasse, in der Erlenmatt, in der Claramatte, im Falkensteinerpark usw.?
- f. Unterschieden nach Baumarten, altem und jungem Baumbestand?
5. Was ergibt sich daraus für die Frage, welche Materialien in einer Baumscheibe verwendet werden?
6. Gibt es für Basel ein Baum-Konzept, was ist darin enthalten und wie wird es begründet?
7. Welche Erfahrungen, neue Erkenntnisse und Varianten gibt es, für Baumflächen wie bisher Erde zu verwenden und diese zu bepflanzen?
8. Welche Erfahrungen hat Basel mit bepflanzten, saisonal blühenden Anlagen und Baumflächen gemacht?
9. Ist der Eindruck richtig, dass Passanten diese schätzen und eigentlich nie niedertrampeln (z.B. am Claraplatz), auch wenn es keine Absperrung hat?
10. Welche Möglichkeiten gibt es, Baumflächen in engen Verhältnissen begehbar zu machen, und warum werden offenbar die begehbaren Metallgitter weniger verwendet?
11. Die Baumscheiben entlang der Elisabethenstrasse sind erhöht: Sind diese trotzdem als begehbare Baumscheiben gedacht?
12. Welche Erfahrungen wurden in anderen Städten der Schweiz oder des Trinationalen Eurodistricts Basel TEB oder darüber hinaus gemacht? Welche Schlüsse wurden daraus gezogen und wie weit findet ein Erfahrungsaustausch mit den Behörden des Kantons Basel-Stadt statt?
13. Kann man zusammenfassend sagen, dass in Basel künftig im Zweifel und soweit sich keine andere Lösung aufdrängt und als verhältnismässig erweist, Erd-Baumflächen angelegt werden?

Heinrich Ueberwasser

**8. Interpellation Nr. 87 betreffend Angriffe auf die Polizei an Demonstration**

15.5453.01

Gemäss Medienberichten hat die unbewilligte Demonstration gegen die Truppenübung "Conex 15" der Schweizer Armee mehrere Verletzte zur Folge. Die unbewilligte Demonstration wurde von gewaltbereiten Chaoten missbraucht, um das Feindbild Polizei gezielt anzugreifen.

Ein derartiges Vorgehen ist neu und konnte in der Vergangenheit nicht beobachtet werden. Selbst Regierungsrat Baschi Dürr verlautete in sozialen Medien, dass er angewidert sei. Der Interpellant steht genauso zum Demonstrationsrecht wie zum Verhältnismässigkeitsprinzip, stellt aber eine subjektive Zunahme der Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei fest.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Haben in den letzten Jahren die Gewaltbereitschaft und Demütigungen gegenüber Polizistinnen und Polizisten zugenommen?
2. In der Kriminalstatistik wird unter den übrigen Straftaten "Gewalt und Drohung gegen Beamte" aufgelistet. Sind darunter auch Polizistinnen und Polizisten erfasst?
  - a) Falls ja, wie sieht das Verhältnis grob aus?
  - b) Sind Demütigungen und Beleidigungen ebenfalls darin erfasst?
3. Ist es richtig, dass Polizistinnen und Polizisten v.a. während Demonstrationen ohne Strafverfolgung beleidigt, angerempelt und bespuckt werden?
4. Ist es zutreffend, dass die Basler Blaulichtorganisationen und die Basler Bevölkerung bei einer grösseren Naturkatastrophe auf die Schweizer Armee angewiesen sind?
5. Inwieweit können die Kosten für den Polizeieinsatz und Schäden den festgenommenen Personen überwält werden?

Alexander Gröflin

## Schriftliche Anfragen

### 1. Schriftliche Anfrage betreffend genügend Wohnungen und Pflegeheimplätze im Alter

15.5443.01

In den letzten Jahren wurden in Basel Pflegeheime und Wohnungen für ältere Menschen errichtet, was sehr zu begrüssen ist. Das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung steigt. Auch wenn in Basel die Altersgruppen 65+ und 80+ im Vergleich zur übrigen Schweiz nur moderat wächst, ergibt sich aus der Tatsache, dass die Menschen älter werden, ein zunehmender Bedarf. Viele "Kinder" wünschen sich für ihre Eltern einen passenden Platz, wenn diese nicht mehr zu Hause wohnen können oder wollen. Immer wieder ist es aber so, dass es keinen passenden Platz zur rechten Zeit gibt. In Riehen ist die Lager derzeit prekär. Auf der Internetseite des Kantons ([www.altersiedlungen-bs.ch/vermietungsangebot](http://www.altersiedlungen-bs.ch/vermietungsangebot)), die Wohnungen vermittelt, gibt es dort keine einzige freie Wohnung in einer Alterssiedlung.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welchen kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsbedarf sieht der Regierungsrat im Zusammenhang mit Wohnungen und Pflegeheimplätzen im Alter?
2. Welchen zeitlichen Fahrplan sieht der Regierungsrat vor, um den bestehenden Bedarf in den nächsten Jahren abzudecken?
3. Gibt es anderweitige Möglichkeiten den Bedarf zu decken, falls es nicht möglich ist, rechtzeitig genügend Wohnungen und Pflegeplätze zur Verfügung zu stellen?

Patricia von Falkenstein

### 2. Schriftliche Anfrage betreffend genügend Wohnungen und Pflegeheimplätze im Alter

15.5452.01

Gemäss Medienberichten will der Bund hauptsächlich den Zivilschutz beiziehen, um die Hilfe für Flüchtlinge zu realisieren, sollte es zu grossen Flüchtlingszahlen kommen.

Anders als der Bund zweifle ich, ob die offenbar zur Verfügung stehenden 73'000 aktiven Angehörigen des Zivilschutzes rechtzeitig aufgeboten, geschult und eingesetzt werden können.

Der Zivilschutz leistet zwar immer wieder gute Arbeit, ist aber selbst laufend einschneidenden Veränderungen und Verkleinerungen ausgesetzt und braucht für eine solche schwierige und aufwändige Aufgabe selbst Unterstützung. Ich frage deshalb den Regierungsrat:

1. Teilt der Regierungsrat meine Einschätzung, dass der Zivilschutz die Aufgaben im Zusammenhang mit einer Flüchtlingswelle nicht alleine bewältigen kann?
2. Wieviele aktive Zivilschutzangehörige aus Basel-Stadt (mit welchem beruflichen Hintergrund) würden zur Verfügung stehen?
3. Wieweit sind die aktiven Zivilschutzangehörigen für Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen geschult und haben vergleichbare Aufgaben geübt?
4. Wieviel Zivilschutzanlagen und welches Material stehen in Basel-Stadt zur Verfügung?
5. Wie lange können und sollen Flüchtlinge bei welcher Belegung in Zivilschutzanlagen wohnen und wieweit ist die Unterbringung und Betreuung danach sichergestellt?
6. Welche staatlichen und privaten Organisationen aus Basel-Stadt sowie von ausserhalb von Bund und Kantonen können und sollen den Zivilschutz unterstützen oder sogar unabhängig vom Zivilschutz zum Einsatz kommen?
7. Welche Funktionen können und wollen private Organisationen übernehmen, die Erfahrungen mit der Betreuung und Integration von Migranten und Migrantinnen haben?
8. Ist der Kanton Basel-Stadt (in Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Kantonen) dementsprechend organisatorisch auf die Aufnahme von Flüchtlingen in grosser Zahl vorbereitet?
9. Wieweit arbeiten der Zivilschutz und andere Organisationen in Flüchtlingsfragen grenzüberschreitend mit den Behörden und Organisationen im Trinationalen Eurodistrict Basel TEB und darüber hinaus zusammen?

Heinrich Ueberwasser

**3. Schriftliche Anfrage betreffend St. Johannis-Platz**

15.5456.01

Mit dem St. Johannis-Platz steht eine grosse Grünfläche zur Verfügung. Die Grünfläche macht aber nur wenig Lust zum Verweilen. Das Areal wirkt wenig gepflegt, es liegt Abfall auf dem Rasen und der Platz wird von drei Strassen durchquert. In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Bestehen seitens der Regierung Vorstellungen oder konkrete Projekte betreffend die zukünftige Nutzung des St. Johannis-Platz?
2. Ist der Regierungsrat bereit, bei der Planung die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler des St. Johann-Schulhauses miteinzubeziehen?
3. Prüft der Regierungsrat die Schliessung bzw. Umnutzung der den St. Johannis-Platz durchquerenden Strassen?

Nora Bertschi

**4. Schriftliche Anfrage betreffend Materialverleih Sommerlager**

15.5457.01

Der Verleih von Wintersportausrüstung für die Schulen durch das Sportamt wird nach dem nächsten Winter nicht eingestellt, wie dies im Rahmen der generellen Aufgabenüberprüfung des Regierungsrates vorgesehen war. Dies ist zu begrüssen. Mit Sorge hingegen muss von der Mitteilung Kenntnis genommen werden, dass es nicht mehr möglich sein soll, einen Materialverleih für die Sommerlager der Schulen zu betreiben. Dieser ist eindeutig weniger kostenintensiv als der Wintersportausrüstungsverleih und gleichzeitig muss leider davon ausgegangen werden, dass das Wegfallen des Sommersportlagermaterialverleihs das "Aus" der Sommerschullager bedeuten wird. Auf jeden Fall aber das "Aus" von einer klassengeistbildenden, sportaffinen und gesundheitsfördernden Ausrichtung der Sommerschullager. Wenn nicht mehr mit richtiger Ausrüstung gewandert werden kann, werden Schülerinnen und Schüler quer durch alle Bevölkerungsschichten auch nicht mehr erfahren können, was Wandern ist. Ich bitte die Regierung um Auskunft, ob auf den Entscheid betreffend Ausrüstung für Sommerlager zurückgekommen werden kann.

Sibylle Benz Hübner

**5. Schriftliche Anfrage betreffend integrative Berufsbildung**

15.5472.01

Die Basler Volksschulen setzen seit über zehn Jahren die integrative Schule um. Kinder mit einer Behinderung oder einer spezifischen Beeinträchtigung werden soweit wie möglich im Rahmen der Regelschule mit der entsprechenden Unterstützung geschult und gefördert. Mit Annahme des Sonderpädagogik-Konkordates ist der Kanton gebunden an der Auftrag der integrativen Schule.

Es ist festzuhalten, dass der Kanton Basel-Stadt den Auftrag der integrativen Schule sehr ernst nimmt, Lehrerinnen und Lehrer sich seit Jahren engagiert für diese Aufgabe einsetzen. Umso mehr erstaunt es, dass für Jugendliche mit Behinderung in der Zeit nach der obligatorischen Schulzeit keine Anschlusslösungen vorhanden sind, es im Bereich der beruflichen Grundbildung kaum integrative Angebote gibt. Die wertvollen Bemühungen der Volksschule für Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf laufen zur Zeit meist ins Leere.

Diese müssten aber nach Beendigung der obligatorischen Schulpflicht auch in der Berufsbildung mit gezielten Massnahmen weitergeführt werden. Nach wie vor ist es für diese Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern sehr schwierig, eine entsprechende Anschlusslösung im Berufsbildungsbereich resp. einen Ausbildungsplatz im 1. Arbeitsmarkt zu finden.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Verfügt der Kanton über ein Konzept für eine integrative Berufsbildung für Jugendliche mit unterschiedlichen Behinderungen?
2. Sieht die Regierung den Bedarf für die Planung und Umsetzung einer integrativen Berufsbildung und welche Massnahmen sind dafür vorzusehen?
3. Werden schon jetzt Nachteilsausgleiche für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in der Berufsbildung gewährt?
4. Welchen zeitlichen Rahmen sieht die Regierung für die Planung und Umsetzung von Massnahmen im Bereich der integrativen Berufsbildung?
5. Wie ist oder könnte ein Bedarf geregelt, respektive finanziert sein?
6. Welche Partner müssen für eine bessere Umsetzung involviert sein?
7. Besteht eine Zusammenarbeit der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt und würde im Falle einer Umsetzung eine solche angestrebt?

Georg Mattmüller

**6. Schriftliche Anfrage betreffend Zusammensetzung der Kommission für Entwicklungszusammenarbeit**

15.5475.01

Die unentgeltlich tagende Kommission für Entwicklungszusammenarbeit setzt sich aus aktuell neun Personen zusammen, eine davon ist bereits seit 1984 in der Kommission, andere seit 1997. Abgesehen von Frau Horvath, die von Amtes wegen seit 2009 in der Kommission sitzt, datieren die neuesten Zugänge von 2006. Gerade im Hinblick darauf, dass die Kommission Gesuche im Entwicklungsbereich beurteilt, von denen man Transparenz und Good Governance erwartet, ist es nicht nachvollziehbar, dass deren Mitglieder über dreissig, zwanzig Jahre in der Kommission Einsitz nehmen. Ausserdem ist es von aussen nicht ersichtlich, wie Mitglieder ausgesucht und in welcher Periodizität Neuwahlen stattfinden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht das heutige Wahlverfahren für die Kommission für Entwicklungszusammenarbeit aus?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass im Sinne der Transparenz das Wahlverfahren öffentlich gemacht wird?
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass eine regelmässige Verjüngung der Kommission sinnvoll wäre?
4. Wie wäre dieses Anliegen allenfalls zu erreichen?

Pascal Pfister